

Bezugspreis*) monatl. M.
bei der Geschäftsst. 2 000 000
bei den Ausgabst. 2 020 000
durch Zeitungsab. 2 040 000
durch Post und. 2 047 500
ins Ausland 2 500 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grund-
preise. Verlag und Post haben das
Recht, bei weiterer Selbstentwertung
eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tagesblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Wochentagen.
Anzeigenpreis:
i. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerh. d.
Polens... 40 000 M.
Reklameteil 100 000 M.
*) Sonderplatz 50%, meh.
*) Reklameteil 100 000 M.
*) in deutscher Währung nach Kurs.

für Aufträge
aus Deutschland
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Das neue Kabinett verlangt außerordentliche Vollmachten. Die deutsche Politik nach Bismarcks Rücktritt.

Am Donnerstag stellte Ministerpräsident Grabski sowohl dem Sejm als auch dem Senat das neue Kabinett vor. Er hielt dabei in beiden Kammern eine Ansprache, in der er das Programm, die Ziele und die Aufgaben der neuen Regierung in allgemeinen Umrissen darstellte. Den Kernpunkt seines Programms bildet die Sanierung der Staatsfinanzen, die allein aus der gegenwärtigen kritischen Lage herauszuführen könne. Herr Grabski betonte, daß die Sanierung der Finanzen unbedingt Aufrechterhaltung des Friedens und der Friedensstimmung verlange. Das wird sowohl die Außenpolitik als auch die innere Politik der neuen Regierung bestimmen. Die Regierung wird sich bemühen, Auseinandersetzungen über Streitfragen solange hinauszuschieben, bis die Gesundung der Finanzen Tatsache geworden sein wird. Zugleich aber erfordert die Sanierung der Finanzen eine beschleunigte Tätigkeit der Gesetzgebung auf verschiedenen Gebieten, die mit der Sicherung der Staatseinkünfte, der Erparnisse des Staates und der Finanzreform in Zusammenhang stehen. In dieser Erwägung wird die Regierung sich noch in dieser Woche an den Sejm mit einem Antrag, der für die Dauer eines Jahres besondere Vollmachten für die Regierung zum Zweck der Durchführung der Finanzsanierung und der Valutareform verlangt. Die Regierung wird alles tun, was in ihren Kräften steht, damit der Staat nicht zu dem Mittel einer Finanzauflage über Polen zu greifen braucht. Herr Grabski schloß mit den Worten: „Polen hat eine günstige Handelsbilanz. Die Wunden, die der Krieg dem wirtschaftlichen Leben schlug, sind zum weitesten Teil geheilt. Industrie und Landwirtschaft sind zum großen Teil wieder aufgebaut. Was insbesondere

die Landwirtschaft betrifft, so hatte sie in diesem Jahre eine reiche Ernte. Unter solchen Umständen ist es unzweifelhaft, daß wir an den eigenen Kräften zweifeln. Alle unsere Kräfte haben wir in den Dienst der Sanierung und der Reform zu stellen. Auf diese Kräfte muß die Regierung rechnen.“

An der Aussprache über die Rede des Ministerpräsidenten beteiligten sich im Sejm die Abgeordneten Głazinski (Nat. Volksverband), Dubanowicz (Chr. Nat.), Sikow (Chłobor.), Jasiński (Nat. Volksp.). Sie sagten der neuen Regierung ihre Unterstützung zu. Die Fortsetzung der Aussprache und die Wahl des Sejmarschalls wurden auf die Freitagssitzung vertagt.

Außerordentliche Vollmachten für den Staatspräsidenten.

Der Ministerrat nahm in seiner Donnerstagsitzung einen Gesetzentwurf über Ausnahmevollmachten des Staatspräsidenten auf dem Gebiete der Finanzsanierung an. Der Entwurf, der sich auf fünf Artikel zusammenfaßt, wird heute, am Freitag, dem Sejm zu weiterer legislativer Behandlung vorgelegt.

Ministerpräsident Grabski beim Staatspräsidenten.

Der Ministerpräsident wurde am Donnerstag vom Staatspräsidenten in längerer Audienz empfangen.

Jamowski wird nach Warschau berufen.

Ministerpräsident Grabski hat Jamowski, den polnischen Gesandten in Paris, auf telegraphischem Wege nach Warschau berufen.

Die Gruppe des Abg. Bryl erhält Zuwachs.

Der Abg. Hipolit Słowiński ist mit zwei Stajasi, Abgeordneten der Gruppe des Abg. Bryl beigetreten.

Die neuen Männer in Polen.

Ministerpräsident Władysław Grabski

wurde am 6. Juli 1874 geboren, besuchte das Gymnasium in Warschau und Paris und studierte darauf an der Sorbonne Geschichte. Einige Jahre war er praktischer Landwirt, dann studierte er in Halle Landwirtschaft, und im Jahre 1896 übernahm er nach dem Tode seines Vaters die Verwaltung des väterlichen Gutes. Die Betätigung als Landwirt regte ihn zugleich zu volkswirtschaftlichen Studien an, deren Frucht eine Reihe von Broschüren war. Nach Einführung der Verfassung in Rußland wurde er Mitglied der ersten Duma. Auch der zweiten und der dritten Duma gehörte er als Abgeordneter an. In die vierte Duma sollte er ebenfalls gewählt werden, er verzichtete jedoch auf ein Mandat und wandte sich von der Politik ganz und gar dem wirtschaftlichen Leben zu. Während seiner parlamentarischen Tätigkeit war er unter anderem Berichterstatter für den Haushaltsplan des Landwirtschaftsministeriums. Er bearbeitete die Anträge über die Selbstverwaltung für das langjährig polnische Gebiet und über die Steuerreform. Im Jahre 1906 wurde er verhaftet und mußte einige Zeit im Gefängnis verbringen, weil er unter den Bauern seines Kreises nationale Agitation getrieben hatte.

Gleich nach Wiederaufrichtung der Republik Polen rückte er politisch in den Vordergrund, erst als erster Landwirtschaftsminister, dann als Abgeordneter im verfassunggebenden Sejm für die Bezirke Łowicz, Sochaczew, Skierniewice und Nowa. Im Jahre 1919 übernahm er die Leitung des Liquidationsamtes. An den Pariser Friedensverhandlungen nahm er als bevollmächtigter Delegierter teil. In dieser Eigenschaft widmete er sich hauptsächlich wirtschaftlichen Fragen und besonders den Fragen der Entschädigung. Zweimal schon war er Finanzminister: vom 18. Dezember 1919 bis zum 25. November 1920 und vom 18. Januar 1923 bis zum 1. Juli 1923. Vom 23. Juni bis zum 24. Juli 1920 war er Ministerpräsident.

Der neue Leiter des Außenministeriums,

Karl Bertoni, wurde am 4. Oktober 1878 geboren. Er studierte in Wien, wo er den juristischen Doktorat erwarb, und wurde bei Entstehung des polnischen Staates Liquidator beim österreichisch-ungarischen Außenministerium. Zugleich war er in der Wiener Gesandtschaft tätig. Später arbeitete er in der Konzeption und in der Sektion für Handel und Wirtschaft des Außenministeriums. Seit April 1921 ist er Direktor des Verwaltungsdepartements des Außenministeriums.

Władysław Ciołek, der neue Innenminister,

wurde im Jahre 1870 in Dzierżonin geboren. Nach Abschluß des Gymnasiums in Riga studierte er in Dorpat die Rechte und widmete sich dann in Riga und Petersburg der Rechtsanwaltschaft. Zugleich nahm er an öffentlichen Leben und an politischen Leben lebhaften Anteil. Am 1. Februar 1919 wurde er Kreiskommissar in Mielce. Ende Mai desselben Jahres wurde er zur Hauptverwaltung der Agrarangelegenheiten delegiert, wo er die Leitung der leitenden Abteilung übernahm. Am 1. August 1919 wurde er Chef der Organisationsabteilung im Innenministerium.

Der neue Justizminister, Władysław Włochowski,

wurde im Jahre 1868 im damaligen Gouvernement Kalisch geboren, studierte die Rechte in Warschau und wirkte dann als Rechtsanwalt in Petersburg und Lodz. Im Oktober 1922 wurde er als Richter in das Oberverwaltungsgericht berufen.

Dr. Bolesław Miłkiewicz, der neue Kultus- und Unterrichtsminister,

wurde am 9. Mai 1871 auf dem Gute Deicie im Bezirk Radom geboren und erwarb in Warschau das Reifezeugnis. Er studierte in Zürich Chemie und war danach erst Assistent am Leipziger Polytechnikum, dann Direktor der Warschauer Handelshochschule und später Dozent der Technischen in der Warschauer Technischen Hochschule. Im Jahre 1912

wurde er Leiter der Berufsabteilung im Unterrichtsministerium. Später lehrte er wieder auf seinen Posten als Direktor der Handelshochschule zurück.

Der Minister für Handel und Industrie, Józef Kiedrzyński,

wurde im Jahre 1879 geboren, studierte den Bergbau und war bis Juni 1920 als Ingenieur bei einer Bergwerksgesellschaft in Mährisch-Ostau tätig. Später wirkte er als polnischer Delegierter in der internationalen Kommission in Mährisch-Ostau und als Mitglied der Hauptdirektion der staatlichen Bergwerke in Warschau. Im Dezember 1920 berief ihn Korfanti nach Oberschlesien als Leiter der Abteilung für Bergbau, Handel und Industrie bei dem polnischen Abteilungsministerium, und in derselben Eigenschaft wirkte er später im obersten polnischen Volksrat für Oberschlesien. Im Jahre 1922 wurde er zum Direktor des ober-schlesischen Departements im Ministerium für Handel und Industrie ernannt.

Der Landwirtschaftsminister, Dr. Józef Raczynski,

wurde am 19. März 1874 geboren, studierte die Rechte und die Volkswirtschaft in Krakau und war im wiedererstandenen Polen erst Leiter der polnischen Liquidationskommission, dann Mitglied der Krakauer Delegation des Landwirtschaftsministeriums und später zweimal Minister für Landwirtschaft und Staatsgüter.

Der neue Agrarreformminister, Józef Ludwikowski,

wurde am 29. Januar 1883 geboren, besuchte die Schule in Ribau und studierte dann in Riga und Leipzig Landwirtschaft und Agrarpolitik. An der Verwirklichung des Agrarreformgedankens beteiligte er sich in verschiedenen amtlichen Eigenschaften. Er veröffentlichte eine Reihe von Arbeiten über Agrarpolitik.

Der Leiter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten

Ingenieur Władysław Rybczyński

wurde im Jahre 1873 geboren, studierte am Bamberger Polytechnikum und war dann zuerst als Assistent an diesem Polytechnikum und dann im Eisenbahndienst tätig. Im Februar 1919 wurde er zum Sektionschef im polnischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten ernannt; im Jahre 1920 zum Unterstaatssekretär im selben Ministerium.

Der Minister der öffentlichen Fürsorge,

Ludwig Darowski,

wurde im Jahre 1881 im Bezirk Radom geboren, absolvierte die Leipziger Handelshochschule und betätigte sich zuerst als Direktor verschiedener Handels- und Industrieunternehmungen. Am 1. Juli 1919 wurde er zum Leiter der Zertifikatsabteilung des polnischen Ministeriums für Handel und Industrie ernannt, am 27. November 1920 zum Chef der Industrieabteilung des polnischen Ministeriums und vom 1. Juli 1921 bis zum 1. September 1923 war er Minister der Arbeit und der öffentlichen Fürsorge.

Kriegsminister General Sosnkowski

wurde im Jahre 1885 in Warschau geboren, genoss dort seine Schulbildung und studierte am Bamberger Polytechnikum und an schweizerischen Technischen Hochschulen. Während des Krieges war er Chef des Stabes der ersten Legionärbrigade. Bei Errichtung der Republik Polen wurde er Kommandierender General des Warschauer Korpsbezirks. Am 27. Februar 1919 wurde er zum zweiten Vizepräsidenten im Kriegsministerium ernannt, am 11. August 1920 zum Kriegsminister. Dieses Portefeuille hatte er in den Kabinetten Witos, Bonikowski, Słowiński, Nowak und Sikorski inne.

Der neue Eisenbahnminister, Rafimierz Tyska,

wurde am 4. März 1872 in Kalisch geboren. Er studierte am Technologischen Institut in Petersburg.

Die Fortführung der deutschen Dokumentensammlung zur Politik der Großmächte, auf die schon einmal an dieser Stelle hingewiesen wurde (vergl. „Pos. Tagebl.“ Nr. 191), erforderte von der deutschen Regierung zweifellos einen besonders kräftigen Entschluß. Denn ihr und den Herausgebern wurde die Fortführung dieser Sammlung gegenüber der öffentlichen Meinung in Deutschland dadurch erschwert, daß keine der anderen Großmächte die ebenso rückhaltlose Öffnung ihrer Geheimarchive in Angriff nahm oder auch nur in Aussicht stellte. Die Veröffentlichung der in Betracht kommenden Dokumente war aber auch darum besonders schwierig, weil im Gegensatz zur Zeit Bismarcks von der Periode der Kanzlerschaft Caprivis und Hohenlohes keine Zeugnisse über eine klare Willensrichtung der deutschen Politik zu erwarten waren. Vielmehr konnte auch ohne Kenntnis der Akten als sicher gelten, daß in dieser Zeit die ersten entscheidenden Verschlechterungen der deutschen Stellung seit der Reichsgründung erfolgten.

Es ist zunächst die Zeit des Jamson-Einsfalls und der Krüger-Depeche, die Zeit der inneren Abwendung Italiens vom Dreibund, der italienisch-französischen Mittelmeervereinigung, des unglückseligen Hervortretens Deutschlands bei den Verhandlungen über den Sinesisch-japanischen Frieden. Zugleich die Zeit des Anfangs des Traumes einer Kontinentalpolitik gegen England. Trotz dieser und anderer erschwerenden Umstände, die vielleicht gegen die Veröffentlichung der in Betracht kommenden Dokumente sprachen, entschloß sich die deutsche Regierung, auch diese Urkunden der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten. Denn es handelte sich darum: Die Ursachen des großen Krieges in der Großmachtpolitik der vorangegangenen Jahrzehnte in Wahrheit zu erkennen. Und gerade an den meist besprochenen Ereignissen der neunziger Jahre zeigt sich, daß die Wurzel des Übels meist nicht dort gelegen ist, wo man nach ihr zu graben pflegt. Über die Stellung Italiens zum Dreibund, über den beginnenden deutsch-englischen Weltkonflikt, den „ostasiatischen Dreibund“ beim Frieden von Schimonoseki und über die Anfänge der Konstantinopel-Bagdadpolitik Deutschlands geben die Akten sehr überraschende und meist klar überzeugende Aufschlüsse.

Manche Expansions- und Prestigewünsche, die während der Kanzlerschaft Bismarcks durch den Respekt vor ihm in Schach gehalten worden waren, traten nach seinem Rücktritt aus ihrer Zurückhaltung heraus. Das zeigt sich besonders deutlich in der Politik Italiens. Von den Verhandlungen über die Dreibundgründung her wußte die italienische Regierung, daß Bismarck, der auf dieses Bündnis zögernd und mit schweren Bedenken eingegangen war, unter seinen Umständen eine härtere Verbindlichkeit Deutschlands gegen die Bundesgenossen übernommen hätte. Die Drohung mit einem Abbruch Italiens zu Frankreich hätte man ihm gegenüber nicht gemacht, sie hätte keinen Erfolg gehabt. Gleich nach seinem Rücktritt aber tritt die italienische Regierung mit dem Verlangen nach einer Aktivierung des Dreibundes im Mittelmeer hervor, die nichts anderes bedeuten konnte als eine unbedingte Verpflichtung Deutschlands zur Teilnahme an einem italienisch-französischen Kriege wegen der Abhängigkeit an der französischen Südrüste. Dieses Verlangen wurde in der Sache ultimativ gestellt, das heißt mit der Drohung, Italien werde bei der Zurückweisung seiner Wünsche genötigt sein, seine Politik völlig umzustellen, und an der Seite Frankreichs die Vorteile zu suchen, die ihm der Dreibund nicht gebracht habe.

Ähnliches gilt von Rußland. Hier brachte der Rücktritt Bismarcks unmittelbar die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages, in dem Bismarck seine alte Politik der deutschen Prämissen auf Bewahrung des Friedens durch Rußland und Österreich, fortgesetzt hatte. Rußland hatte, als diese Stellung zu Deutschland verloren war, keinen Grund mehr, der Auseinandersetzung mit Österreich, wenigstens dem Schein nach, auszuweichen, und man weiß, wie viel der Zwang zur Wahrung wenigstens des Scheins in der Politik Gutes wirken kann.

Selbst auf die englische Politik, die am wenigsten unter dem Einfluß der Persönlichkeit Bismarcks gestanden hatte, wirkte sein Ausscheiden im ungünstigen Sinne erregend. Im Juni und Juli 1891 trieb sie einen Konflikt in der Meerengröße zu, suchte aber zugleich jetzt schon unter langsamem Rückzug aus der Dreifach-Entente mit Italien und Österreich den Anschluß an Frankreich vorzubereiten und eröffnete dadurch das Spiel, das später von Lansdowne und Grey in der Entente gegen Deutschland aufgenommen und im Kriege gewonnen wurde.

Bei allen diesen Umstellungen war auf deutscher Seite, wie man jetzt deutlich sieht, das Verhalten der Regierung durch den Wunsch der Erhaltung des Friedens bestimmt. Die Politik Caprivis unterhielt sich von der Bismarcks in diesem Willen zum Frieden nicht. Das sicherste Anzeichen dafür ist, daß Caprivi fast mit den gleichen Worten die gelegentlichen Einmischungen der zum Präventivkrieg ratenden Militärs zurückwies, wie Bismarck vor ihm. Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages wird in allen entscheidenden Dokumenten ausdrücklich damit begründet, daß der Frieden gefährdet werden würde. Die Gewährleistung der italienischen Forderungen an den Dreibund geschieht in der Befürchtung, Italien könne sich sonst vom Dreibund lösen und dadurch Frankreich zum Krieg ermutigen. Und eine der großen letzten auswärtigen Entscheidungen der Caprivischen Zeit, die Ablehnung der Anfrage Lord Rosebergs wegen einer Deckung Englands gegen Frankreich durch Deutschland für den Fall eines englisch-russischen Krieges war ebenfalls durch die Befürchtung bestimmt, Deutschland könne durch die Annahme des Rosebergschen Vorschlages in einen Zweifrontenkrieg verwickelt werden.

Der Fehler der deutschen Politik jener Zeit war nicht ein Fehler des Willens. Man wollte das Beste: die Erhaltung des Friedens. Aber man glaubte, mit dem System der Waffenbündnisse, sofern sie nur defensiv seien, den Frieden erhalten zu können, und dabei

schon man im Dreibund eine wirkliche, ja, die hauptsächlichste Friedensbürgschaft. Auf Forderung wurde dabei verzichtet, wobei führte Deutschland den Dreibund, noch führte der Dreibund in Europa oder gar in der Weltpolitik. Die Aufgabe, das Gleichgewicht der Mächte in Europa zu halten, konnte aber der Dreibund nicht erfüllen. Weder Österreich-Ungarn noch Italien hätten das gleiche Interesse an der Erhaltung des status quo wie Deutschland. Österreich wollte am Balkan in gleichem Schritt mit Russland seine Schutzmachtstellung vorziehen, Italien wollte sogar gleichzeitig Machtzuwachscompensationen für ein österreichisches Vorgehen am Balkan und für ein französisches in Tunis und Marokko erhalten, wobei sich beide darauf berufen konnten, daß die anderen Großmächte ihr Expansionsbedürfnis kolonial befriedigten, — nur Frankreich hätte zu gleicher Zeit sein Kolonialreich und seinen zusammenhängenden Landbesitz, zu dem man Tunis, Alger, Marokko wohl rechnen kann, vergrößern können.

In der Form freilich kann jetzt an den damaligen Schritten der deutschen Regierung manches bemängelt werden. Söflich gegen Frankreich und Italien, ließ man es manchmal an der erforderlichen Stillschaltung gegen England fehlen — das England Lord Salisbury, dessen Empfindlichkeit so groß war wie sein Gedächtnis gut und seine Politik langwierig. In England und Japan konnte durch die drei von Deutschland während dieser Jahre ausgesprochenen Kriegsdrohungen die Meinung entstehen, daß die deutsche Politik auf Weltbeherrschung ausgehe, während zu gleicher Zeit in Frankreich und in Italien auf Sicherheit mit der Inaktivität dieser selbst deutschen Politik gerechnet wurde. Wer jedoch darauf ausgeht, in jener Zeit auf deutscher Seite die Kriegsurkunden aufzuklären und eine Schuldrechnung über den Anteil Deutschlands an ihnen aufzumachen, der muß nach einem ehrlichen Studium der Akten in eine sonderbare Lage kommen. Man wird jetzt der deutschen Regierung nicht mehr den Vorwurf machen können, daß sie nach Regemonie gekröbt, daß sie zum Kriege getrieben, daß sie ihre Bundesgenossen zu ihren eigenen selbsttätigen Zwecken mißbraucht habe. Der Vorwurf müßte sich nicht gegen Deutschlands Aktivität, sondern — wenn überhaupt — gegen seine Inaktivität richten. Deutschland hätte den Niederlagevertrag mit Russland erneuern können, statt ihn verfallen zu lassen. Aber wäre das nicht gerade eine Stütze der deutschen „Regemonie“ in Europa gewesen? Deutschland hätte die italienischen Forderungen bei der Erneuerung des Dreibundes rundweg abgelehnt und lieber den Dreibund freigegeben als ihn umgehauen lassen. Aber das hätte die unmittelbaren Reizungen zum Kriege zwischen Italien—Österreich, zwischen Frankreich und Deutschland jedenfalls verstärkt, es wäre geradezu eine Politik gewesen, die auf den Präventivkrieg aufbaute. Deutschland hätte vor allen Dingen entschlossen das Bündnis mit England suchen können, da ein solches Bündnis England die Vorhand in der Weltpolitik, Deutschland aber die Vormacht auf dem europäischen Kontinent gegeben hätte. Ein Tadel dafür, daß Deutschland dies nicht getan hat, und daß es statt dessen sich durch das Unternehmen der Kontinentalallianz gegen England und Japan und durch sein führendes Auftreten gegen Englands Politik in Afrika die dauernde Geunerschaft des anglofranzösischen Weltreichs zugezogen hat, nimmt sich im Grunde Frankreichs sehr sonderbar aus. Die Klagen gegen die deutsche Politik jener Zeit wären allenfalls berechtigt, wenn sie von einem Vorkämpfer deutschnationaler Politik kämen. Als Klagen einer nach Frieden verlangenden Macht sind sie es nicht.

Die letzte Probe auf die sittliche Haltung einer Auslandspolitik ist und bleibt ihre Stellung zum Präventivkrieg. Einen solchen Krieg hat die deutsche Regierung auch in der Nach-Bismarckschen Zeit streng abgelehnt, wo er ihr von unersetzten Verurteilern empfohlen wurde. Daß ein Staat, der an seine militärische Überlegenheit glauben konnte und der bei einer aktiveren Politik seine Bundesgenossen um so sicherer hinter sich gehabt hätte, solchen Versuchungen gegenüber Stand gehalten hat, müßte doch wohl eigentlich die Anklage zum Schweigen bringen, die diesem Staat eine kriegslüsterne Politik vorwerfen.

Republik Polen.

Die Auslieferung der Bombenattentäter an Russland wird abgelehnt.

Die Presseabteilung des Außenministeriums gibt bekannt: Die bevollmächtigte Vertretung der russischen Sowjetregierung überreichte dem Außenministerium eine Verbalnote mit der Bitte um Auslieferung der Vollstreckung des Todesurteils an dem Oberleutnant Bagdaschi und dem Leutnant Wiczorski, die am 20. November d. J. vom Warschauer Bezirksgericht zum Tode verurteilt wurden, und um Auslieferung der beiden Verurteilten an Russland. Die Sowjetregierung weist zur Begründung ihres Schrittes darauf hin, daß die polnische Gesandtschaft in Moskau wiederholt die Sowjetregierung gebeten hat, Todesurteile an Bürgern der Sowjetregierung, die für staatsfeindliche Tätigkeit verurteilt worden waren, nicht zu vollstrecken, obwohl die Verurteilten nicht unmittelbar dem Interessentenkreis der polnischen Regierung innerhalb Sowjetrusslands angehören. — Das Warschauer Außenministerium hat die Note der Sowjetregierung ablehnend beantwortet.

Haller auf dem Wege nach Polen.

Wie polnische Blätter melden, hat General Józef Haller am 15. d. Mts. Amerika verlassen und befindet sich von New York auf der Rückreise nach Polen. Die Ankunft des Generals Haller wird zu Weihnachten erwartet.

Französisches Interesse für den Hafen in Gdingen.

Die „Kattowitzer Ztg.“ meldet: Wie wir erfahren, interessieren sich für den Hafenbau in Gdingen verschiedene französische Kreise, unter anderem auch ein Konsortium, an dessen Spitze sich der gewesene Minister für den Wiederaufbau Frankreichs, Boucheur, befindet, ferner eine holländische Gruppe. Diese Gruppe hat den Wunsch geäußert, zusammen mit einer polnischen Aktien-gesellschaft für den Bau des Gdinger Hafens zu arbeiten. Eine direkte Verhandlung wird noch im Laufe dieses Monats, spätestens aber im Januar oder Februar 1924 erwartet. Sobald der Hafenbau seine Unterbrechung erleiden dürfte, wie man erzählt, hat das Regierungsbudget eine Mittel für den Hafenbau vorsehen.

Die Untersuchung in Krakau.

Die Untersuchung in der Sache der Krakauer Vorgänge vom 6. November d. J. steht bereits vor dem Abschluß. Sämtliche Akten sind dem Gericht übergeben worden. Im ganzen wurden etwa 100 Personen festgenommen, von denen der größte Teil in den Krakauer Gefängnissen untergebracht wurde. Die Vernehmung der Zeugen vor dem Gericht dauert weiterhin an. Bis jetzt wurden in dieser Sache über 700 Personen vernommen.

Von der deutschen Partei in Oberschlesien.

Wie die „Kattowitzer Ztg.“ berichtet, fand am Sonntag in Kattowitz eine Konferenz der Deutschen Partei Polnisch-Oberschlesiens statt. Zunächst schritt man zur Ergänzung des Vorstandes, der bisher nur aus dem ersten und zweiten Vorsitzenden (Professor Dohmann und Pastor Riehr) bestand. Als Beisitzer wurden gewählt: Frau Sanitätsrat Rosa Ewey und die Herren Walden und Keil. Außerdem gehören dem Vorstand die deutschparteilichen schlesischen und Warschauer Abgeordneten und die Senatoren als Beisitzer an. Alsdann sprach

Senator Meyer über die politische Situation im Senat und Sejm, wobei er auf die Kabinettskrise zu sprechen kam. Er hatte wenig Erfreuliches zu berichten. Der schlesische Abg. Pawlas gab ein sehr interessantes Bild von den Arbeiten im schlesischen Sejm auf sozialpolitischem Gebiet. Abg. Sabaz beantwortete einige Steuerfragen, ebenso beantwortete Abg. Ullz verschiedene Anfragen. Mitte Januar 1924 soll ein Parteitag stattfinden.

Die Berechnung der Löhne und Gehälter nach dem Teuerungsmultiplikator.

Der Sejmatschuß für Arbeitsbeschaffung nahm den Gesetzentwurf über die obligatorische Anwendung des Teuerungsmultiplikators auf Gehälter und Löhne in zweiter Lesung an. Es wurde beschlossen, daß das Gesetz nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Arbeitsstätten umfassen soll. Man nahm als Grundan, daß das Gesetz sich auf diejenigen Angestellten beziehen soll, deren Bezüge die Goldmark über 1000 Mark betragen. Die Berechnung des Multiplikators soll im Prinzip jede Woche stattfinden. Zur deuten Lesung hat der Abg. Tabski einen Antrag an dem, der dahin geht, daß auch die Journalisten im Gesetz einbezogen sein sollen.

Überführung der Leiche Sienkiewicz nach Krakau.

In Warschau hat sich, wie der „Ostpreß“ meldet, ein Komitee gebildet, das die Überführung des Sarges mit den sterblichen Resten Henryk Sienkiewicz nach Polen veranlassen will. Sienkiewicz starb 1916 in Wehen. Der Sarg soll im Dom bei der alten Wawel-Burg in Krakau oder in einer Warschauer Kirche seinen Platz finden.

Aus der polnischen Presse.

Zu den letzten Entscheidungen des Völkerbundes.

Schreibt das bisher offiziöse Organ der gestrigen Regierung, die „Gazeta Warszawska“: „Bedinglich in der Frage der Anstiebler ist die Entscheidung des Rats zufriedenstellend, da Polen hierbei frei Hand gelassen wird.“ — In einem anderen Urteil kommt die Völkspresse. So schreibt der „Robotnik“: „Was die deutschen Ansiedler anbelangt, so hat der Völkerbund das Gutachten des Saager Tribunals bestätigt, und zwar in diesem Falle sehr deutlich und kategorisch. Die Ironie des Schicksals will es, daß der polnische Staatschef noch schwere Gelder an die Ansiedler zahlen müssen, die die preussische Regierung zur Germanisierung Polens hergeschickt hat.“ Auch der „Przeglad Wiczojny“ bespricht die Entscheidung des Völkerbundes in einer Kritik an der gestrigen Regierung und sagt: „Namerzyna, Menel und auch die verlorenen Sache der deutschen Ansiedler geben uns einen Begriff davon, was wir von der früheren Regierung erwarten konnten, falls sie nicht gestürzt worden wäre.“

Die Beurteilung des neuen Kabinetts.

Die „Gazeta Warszawska“ schreibt zur Neubildung des Kabinetts: „Wenn man die Liste der neuen Kabinettsmitglieder durchsieht, dann ist folgendes, daß es Leute sind, die sich zweifellos einer vorzüglichen Meinung erfreuen, vorwiegend tüchtige Fachleute; aber es erheben sich gewisse Zweifel bezüglich der politischen Stärke der neuen Regierung.“

Der „Kurjer Polski“ übertrifft den Reizsatz seiner Donnerstagsnummer, mit dem er das Kabinettsgrabst begrüßt: „Eine Regierung des guten Willens“. In diesem Aufsatz wird gesagt: „Die Regierung Wladyslaw Grabski als mechanische Folge des Sturzes der einen und des Scheiterns der anderen parlamentarischen Regierung ist aus Verhandlungen mit den Parteien, vielleicht gegen die ursprünglichen Intentionen ihres Schöpfers, als reines Beamtenkabinetts hervorgegangen. In den Umrisen der ersten Konzeption Grabskis schwebte es wie der unklare Gedanke der Koalition aller Parteien zur Rettung der Finanzen. Aber ebenso, wie der Sturz Witos gezeigt hat, daß in einem Parlament ohne Mehrheit eine Mehrheitsregierung ein Unikum ist und nur als Bluff eine Zeitlang bestehen kann, hat ein Tag der Orientierung Grabski davon überzeugt, daß der aufrichtige Gedanke einer „Union sacree“ mit der Kammer, in der niemand dem anderen glaubt, eine Utopie ist. Auf die kurze, aber unermesslich lehrreiche Geschichte der Bildung der Regierung Grabski werden wir noch zurückkommen müssen. Heute wollen wir feststellen, daß jenes unermessliche Abweichen des desigierten Premiers von der ursprünglichen Linie im Charakter seines Kabinetts seinen Niederschlag gefunden hat, indem sie ihm den Mangel einer gewissen Unstetigkeit und Vorläufigkeit aufdrückte. Die provisorische Befestigung des Außenministeriums in einer so schwierigen internationalen Lage ist in dieser Hinsicht sehr bezeichnend. Trotzdem muß die Bildung der Regierung zumindest mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt werden. Die Person des Regierungschefs, eines Mannes von kristallinem Charakter und von einer warmen Liebe für das Land, gibt die Gewähr dafür, daß er und seine Mitarbeiter sich ganz in den Dienst der öffentlichen Sache stellen werden, und daß ihnen in der Arbeit für den Staat irgendwelche Rücksicht auf das eigene Interesse fremd sein wird. Auf dem Boden der frischen Vergangenheit ist dies ein doppelt so schätzenswerter Wert. In seine Hauptaufgabe, die verunsichernde Situation in dem schwierigen und gefährlichen Experiment, das Amt des Premiers und des Finanzministers in einer Person zu vereinigen, an die Aufgabe der Finanzsanierung, geht diese Regierung mit reinem Herzen und reinen Händen. Durch eine selbstsame Prüfung des Schicksals vollzog sich der Kabinettswechsel unter dem Zeichen des großen Festes der Christenheit, da der Engel den Menschen guten Willens Frieden verkündet. Die Regierung Wladyslaw Grabski ist eine Regierung guten Willens und hat ein volles Recht darauf, an alle Elemente guten Willens in Polen zu appellieren, sie in dem großen und schweren Werke aufrichtig und warmen Herzens zu unterstützen. Dieser Unterstützung kann Herr Grabski gewiß sein. Keine Partei mit normal ausgebildeten politischen Sinnen wird es wagen, gegen diese Regierung aufzutreten, da sie keine sachliche Grundlage für eine ungünstige Beurteilung haben kann.“

Die Stellung der Nationalen Arbeiterpartei zum neuen Kabinetts bringt die Posener „Pravda“ im Leitartikel ihrer Freitagsausgabe zum Ausdruck. Sie schreibt: „Obwohl die Zusammenfassung der Regierung Wladyslaw Grabski nicht ganz den Wünschen der Nationalen Arbeiterpartei entspricht, so bietet die Regierung doch wenigstens die Gewähr, daß Polen nicht weiter den Experimenten der Witos-Regierung und deren katastrophalen Folgen für das Land ausgeliefert sein wird. Im Kabinetts Grabst finden sich eine Reihe von neuen Männern, die bisher noch nicht das polnische Staatsgeschäft gekostet haben. Doch wollen wir über ihre Tätigkeit, deren Früchte uns die nächste Zukunft zeigen wird, vorläufig keine Meinung äußern. Die Sanierung der Finanzen ist die Hauptaufgabe der Tätigkeit des Premiers. Es fragt sich nur, ob es ihm gelingen wird, die Interessen der bestehenden Klassen den höchsten Staatsinteressen unterzuordnen. Das wird lediglich von der Energie des Herrn Grabski abhängen; denn man kann voraussehen, daß Herr Grabski hier auf schwer überwindliche Schwierigkeiten stoßen wird. Die arme Bevölkerung Polens, die durch die Witos-Regierung zu äußerster Not getrieben worden ist, muß sofortige und ausgiebige Hilfe erhalten. Die Nationale Arbeiterpartei wird die Regierung in dem Maße unterstützen, in dem ihre Postulate in die Tat umgesetzt werden.“

Die Schwierigkeiten der deutsch-französischen Verhandlungen.

Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, die Rede Stresemanns über die Militärkontrolle sei ein neuer Beweis dafür, daß jede diplomatische Aktion Deutschlands durch irgend einen Schnitzer beeinträchtigt werde. Das „Petit Journal“ schließt aus den Berliner Veröffentlichungen und Neben, daß der Abstand zwischen deutscher und französischer Auffassung noch sehr groß sei und ein Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen schwierig erscheine. Ähnlich äußert sich der „Petit Parisien“, dessen Berliner Berichterstatter versichert, die Wiederaufnahme der Militärkontrolle sei durchaus möglich, vorausgesetzt, daß die deutschen amtlichen Stellen dieser Frage nicht durch Reden oder sonstige Kundgebungen eine übertriebene Bedeutung beimessen und dadurch das deutsche Volk immer wieder darauf aufmerksam machen. In der französischen Presse ist in den letzten Tagen mehrfach der Wunsch zum Ausdruck gekommen, daß die gesamte Frage der deutsch-französischen Verhandlungen in Berlin mit größerer Diskretion behandelt werde. Der „Temps“ hat — offenbar offiziös — die halbamtliche Vorankündigung des deutschen Schrittes in Paris und Brüssel als einen Fehler kritisiert. Er hat gestern auch die Veröffentlichung des B. L. V. über die deutschen Eröffnungen bedauert und dazu bemerkt, daß nach diesem Vorgang auch die französische Regierung gezwungen sei, den Inhalt dieser Antwort zu veröffentlichen.

In französischen amtlichen Kreisen wird ferner die Vot-schaffterfrage erneut angeschnitten. Am Quai d'Orsay wurde gestern Abend erklärt, Poincare habe eine schriftliche Darlegung der deutschen Eröffnungen verlangt, weil er es nur mit einem Geschäftsträger zu tun hatte. Man sage hinzu, daß Poincare eine derartige Bitte nicht genehmigt hätte, wenn die Eröffnungen der Reichsregierung durch einen Votschaffter erfolgt wären.

Englischer Optimismus.

„Times“ erklären, daß ein leichter Fortschritt schon darin gesehen werden könne, daß in Berlin und Paris überhaupt eine Unterhaltung begonnen hätte, und es sei möglich, daß diese Unterhaltung einen ausgedehnten Meinungsaustausch zuwege leiten werde. „Daily Express“ erklärt, daß England den Geist der Versöhnlichkeit begrüße, den Poincare gezeigt habe. Die Tatsache, daß es zu Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich gekommen sei, sei ein Beweis dafür, daß die Gewaltmittel, die von beiden Seiten angewendet wurden, nun zerbrochen zu sein scheinen. „Daily Mail“ und „Westminster Gazette“ beurteilen die Lage sehr günstig. „Daily Mail“ fügt hinzu, daß die deutsche Regierung der englischen Regierung mitgeteilt habe, daß Deutschland, sobald eine Verständigung mit Frankreich erfolgt sei, die Alliierten eruchen würde, in einer gemeinsamen Konferenz mit den deutschen Vertretern eine allgemeine Lösung der Reparationsfrage vorzubereiten.

Nächste Völkerbundstagung in Rom?

Paris, 10. Dezember. (B. L. V.) Wie der „Excelsior“ mitteilt, hat der Völkerbund in seiner privaten Sitzung gestern beschlossen, das

Problem der ungarischen Anleihe bis zu seinem Wiederaufkommen im März 1924 zu vertagen. Die Verhandlungen über die Modalitäten der Angelegenheit scheiterten an der Haltung des tschechischen Delegierten, der aus politischen Gründen die Garantien seines Landes verweigerte. Der französische Delegierte hatte beantragt, daß die Reparationen von der geplanten Anleihe in Jahresraten bezahlt würden. Der Umfang dieser Raten sollte von den Mächten unter Zugrundelegung des ungarischen Kriegsbudgets festgesetzt werden.

Am Ende der gestrigen Sitzung des Völkerbundes erklärte der italienische Vertreter, Graf Benin-Londare, im Namen der italienischen Regierung, daß sowohl die italienische Regierung wie auch die italienische Bevölkerung aufs angenehmste davon berührt sein würden, wenn der Völkerbundrat seine dritte Sitzung in Rom

abhalten würde. Branting erklärte, er nehme die Einladung Italiens gern zur Kenntnis, müsse aber bemerken, daß der Völkerbundrat auf Grund der materiellen Schwierigkeiten im allgemeinen Senf als Sitz seiner Tagung bestimmt habe. (Weshalb fand denn die Tagung diesmal in Paris statt? D. Schriftst.) Der belgische Vertreter trat für die italienische Einladung ein, und es ist wahrscheinlich, daß die nächste Völkerbundstagung in Rom stattfinden wird.

Auszeichnung eines deutschen Bürgermeisters in Südtirol.

D. A. Z. Auf so viele Vordenen des Südtiroler Deutschtums ein kleines Plätzchen: Der Bürgermeister von Meran, Dr. May Martak, ist auf Vorschlag des italienischen Innenministers vom König zum Kommandeur der Krone Italiens ernannt worden. Er ist der erste Deutsche, dem eine solche königliche Auszeichnung zuteil ward.

Tagung der Kriegsschuldforscher.

Berlin, 20. Dezember. Am Dienstag hatte die „Gesellschaft für Erforschung der Kriegsschuld“ zu einem ersten Vortragabend in den Räumen der „Deutschen Gesellschaft 1914“ eingeladen.

In ungemein lebendiger Weise, die noch den alten Diplomaten Bismarckscher Schulung verriet, eröffnete der Vorsitzende der Gesellschaft, der General a. D. Erzengel Maschdau, die Tagung mit einem Rundblick über die gegenwärtige weltpolitische Lage und die Bedeutung, welche die Frage der Schuld am Kriege in ihr einzunehmen hat. Indem er einerseits davor warnte, in Bezug auf die Wandlung der Mentalität unserer Feinde von der deutschen Kriegsschuldforschung entscheidende Wirkungen zu erwarten, bezeichnete er es andererseits als ihre Aufgabe, in höchstem Maße für die Betonung der reinen geschichtlichen Ehre Deutschlands die Regierung zu beeinflussen, damit diese, d. h. vor allem der maßgebende Minister, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch in dieser Beziehung „diligentiam praestare“.

An diesem mit warmem Beifall aufgenommenen Vortrag folgten Referate des Majors v. Schweinitz vom Arbeitsausschuß deutscher Verbände, sowie eine in Form und Inhalt ausgezeichnete Übersicht des Vortragenden Maiss im Auswärtigen Amt Dr. Friedrich Stiebe über die zweite Serie der neu ausgegebenen diplomatischen Akten. Graf Max Montgelas endlich besprach kurz und kritisch den jüngst erschienenen 4. Band der Erinnerungen des einstigen österreichischen Generalschefs Konrad v. Böhmendorff, während zum Schluß der Vorsitzende der „Gesellschaft für Erforschung der Kriegsschuld“, Herr v. Meißner, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der internationalen Kriegsschuldforschung gab.

Der Abend zeigte den Teilnehmern, daß der Gedanke, eine Gesellschaft zu gründen, die in derartigen Vortragsabenden die verwinkelten Probleme der Vorkriegsgeschichte zu diskutieren hat, im Interesse der geschichtlichen Vertiefung und des politischen Verständnisses dieser Dinge sehr zu begrüßen ist.

Das griechische Kabinett ruft Venizelos zurück.

Die Revolutionsführer und das Kabinett haben im Namen des Volkes und der Offiziere von Meer und Flotte einen Aufruf an Venizelos, der sich in Paris aufhält, gerichtet, sofort nach Griechenland zurückzukehren und die Leitung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Die Regierung wies dem König 2½ Millionen Drachmen als Jahresentschädigung an.

Der Wahlsieg der Venizelisten.

Der venizelistische Wahlsieg ist Tatsache geworden. Von 406 Ergebnissen fielen allein 250 auf Kandidaten der venizelistischen Partei, während der republikanische Flügel nur 70 Sitze erobern hat.

Die Verhandlungen zwischen Plastiras und den Venizelisten zur Bildung einer neuen Regierung sind eingeleitet. Als Ministerpräsident wird der demokratische Führer, Universitätsprofessor Papanastasio genannt. Ferner sollen der republikanische Flottenkommandant Hadzifirakos und Oberst Conditis dem Kabinett angehören. Über die Teilnahme der Venizelisten an der Regierung ist bisher noch nichts bekannt.

Unklare Haltung des Venizelos.

Die von Venizelos gespielte Rolle ist nach den Pariser Blättern durchaus unklar. Ein Mitarbeiter des „Petit Parisien“ hat Venizelos in seiner Pariser Wohnung besucht und dabei den Eindruck erhalten, der frühere griechische Ministerpräsident scheine die Nachrichten aus Athen mit „unverhüllter Befriedigung aufzunehmen“. Von einem Telegramm des Königs, der Venizelos zur Übernahme der Regierung aufgefordert haben soll, ist dem griechischen Staatsmann nichts bekannt. Während ein Teil der Pariser Presse den Versicherungen Glauben schenkt, nach denen Venizelos wenig Neigung zeigen soll, nach Griechenland zurückzukehren, sind andere Zeitungen davon überzeugt, daß Venizelos nach kurzer Zeit als Präsident der Republik in Athen einziehen wird.

Auch in griechischen Regierungskreisen zweifelt man nicht, daß Venizelos jetzt, nach der Entfernung des Königs, einwilligen wird, nach Griechenland zurückzukehren.

König Georg II. auf der Reise.

Neuer meldet aus Athen, daß der König, die Königin, ein Hofmarschall und ein Flügeladjutant, begleitet von einer Ehrenwache von 12 griechischen Matrosen, am Bord des Dampfers „Daphne“ die Reise nach Konstantinopel angetreten haben.

Kordaner der Kämpfe in Mexiko.

Die Nachrichten, die über die Lage in Mexiko eintreffen, sind durchaus widersprechend. Das Hauptquartier des Präsidenten Obregon teilt mit, daß die revolutionären Streitkräfte im Verlaufe einer schweren Schlacht bei Puebla, die sechzehn Stunden dauerte, geschlagen und zum Rückzug gezwungen wurden. Die Regierungstruppen erbeuteten bei dieser Schlacht große Vorräte an Munition. Auch ein Teil des Artillerieparkes der Aufständischen konnte erbeutet werden. Aus dem Hauptquartier des Generals Sanchez liegen Meldungen vor, aus denen ersichtlich wird, daß erbitterte Kämpfe in der Nähe von Mexiko sowie westlich von Puebla stattfinden. Einzelheiten fehlen. In der Meldung wird indessen hinzugefügt, daß neue Verstärkungen der aufständischen Truppen an die Front unterwegs seien. Die heftigsten Kämpfe fanden an dem Schienentrang von Veracruz nach der Hauptstadt Mexiko statt. Präsident Obregon leitet hier persönlich die militärischen Operationen seiner Truppen. Man berichtet in einzelnen Kreisen sogar, daß die Aufständischen mit der Besetzung Veracruz' in einen Hinterhalt geraten seien.

Deutsches Reich.

Die Rentenbank weist einen Kreditantrag des Reiches ab.

Der Reichsfinanzminister hatte sich um einen Zusatzkredit von 200 Millionen Rentenmark für das Reich an die Rentenbank gewandt. Der Aufsichtsrat der Rentenbank lehnte diesen Antrag als zurzeit nicht begründet ab.

Reichswechsel.

Infolge dieser Ablehnung hat sich das Finanzministerium entschlossen, neue Zahlungsmittel unter der Bezeichnung „Reichswechsel“ herauszugeben.

Die Hoffnungen Dr. Schacht.

Der vom Reichsrat zum Reichsbankpräsidenten gewählte Dr. Schacht gab in einem Vortrage der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß bis zum Übergang zur Goldmark die Rentenmark ihren Wert behalten würde und daß es bereits am 1. April nach Eingang der Goldkassen und einem durchgreifenden Beamtenabbau gelingen werde, den deutschen Reichsetat zu balanceieren. Seine Hauptaufgabe werde sein, ein deutsches Goldgeld zu schaffen, und zwar durch Gründung einer Goldkreditbank mit Hilfe des In- und Auslandes, die zu 50 Prozent mit Gold gedeckten Noten gegen dreimonatige Handelswechsel ausgeben würde. Er glaube nicht berechtigt an die Hilfe des Auslandes appellieren zu müssen angesichts des allgemeinen Interesses, Deutschland und damit Europa vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Die Not der Berliner Kinder.

Die Berliner Bezirkschuldeputation hat auf Fragen über die Ernährungsverhältnisse der Schulkinder in zwölf Volksschulen folgendes Bild erhalten: 16,6 Prozent der Kinder an dem Schichttage ohne heißen Morgentranke; 8,38 Proz. hatten kein Brot zum ersten Frühstück; 6,38 Proz. brachten kein Frühstück mit zur Schule; 5,66 Proz. hatten an dem Tage keine gekochte warme Mahlzeit. Bei 15 Proz. war das Schutzeug in durchaus mangelhaftem Zustande, bei 16,34 Proz. Ober- und Unterkleidung.

** Der Hunger in Berlin. Von Januar 1920 bis Ende Oktober 1923 kamen in Berlin 108 Todesfälle an Hunger vor, nicht eingerechnet die zahlreichen Fälle, wo die Ärzte als Todesursache „Hem“ angaben.

** Der Beamtenabbau. Nach Berechnungen deutscher Wähler sollen 300 000—400 000 deutsche Staatsbeamte stufenweise entlassen werden.

** Zahlung der Beamtengehälter in Teilbeträgen. Von zünftiger Stelle wird mitgeteilt: Ob es möglich sein wird, am 1. Januar bzw. am 31. Dezember die Beamtengehälter für ein volles Monatsgehalt zu zahlen, wenn nicht, welcher Teilbetrag sofort gezahlt werden wird, steht heute noch nicht fest.

** „Prinz von Preußen“. Eine Veroronung des preussischen Staatsministeriums hat für die Mitglieder der vorher landesherrlichen Familie der Hohenzollern den Namen „Prinz von Preußen“ festgesetzt.

** Jagdausflug des früheren Kronprinzen nach Ostpreußen. „Gazeta Wablska“ meldet aus Königsberg, daß der ehemalige deutsche Kronprinz an Jagden teilnehmen will, zu der ihn einige deutsche Kronprinzen eingeladen haben. Der frühere Kronherren in Ostpreußen eingeladen haben. Der frühere Kronprinz erwartet noch die Genehmigung des Innenministeriums. Er will mit dem Dampfer von Stettin nach Pillau fahren.

Im Augenblick der Abfahrt war der Ministerpräsident anwesend und verabschiedete sich vom König. Die Hafenbatterie gab einen Ehrensalut von 21 Schuß ab.

Der König hat nur vorläufig das Land verlassen.

Da König Georg ausdrücklich forderte, das Verlangen der Regierung nach Abreise schriftlich zu erhalten, wurde ein formelles Schreiben an ihn gerichtet. Auf dieses antwortete der König, daß er sich jeder Einmischung in die politischen Streitigkeiten enthalten habe, und daß er sich nun darin schide, vorläufig dem Lande fernzubleiben, wie es die Regierung verlange, um die Verhandlungen im Parlament nicht zu beeinflussen. Er sei überzeugt, daß das Volk über sein Schicksal frei abzustimmen in der Lage sein werde.

Der König von Griechenland empfing nach einer Meldung eine einmalige Abfindung von einer Million Drachmen und eine Pension von 15 Millionen.

Einsetzen des serbischen Königs für König Georg II.

Die Entschließung der griechischen Regierung, den König zur Abreise aufzufordern, war durch das Eingreifen der Flotte erzwungen worden. Von Paris war noch in letzter Stunde ein Versuch gemacht worden, die Abreise des Königs zu verhindern. Die Reise des Königs Alexander von Serbien nach Paris hand damit im Zusammenhang. Er hatte selbst bei Venizelos vorgeschlagen, um den griechischen Thron für seinen Schwager zu retten.

Um Albaniens Staatsform.

In Albanien werden in den nächsten Tagen allgemeine Wahlen stattfinden, durch die über die künftige Staatsform des Landes endgültig entschieden werden soll. Die Volkspartei, die vom gegenwärtigen Ministerpräsidenten Zogoulet geleitet wird, sowie die Liberale unter Führung von Fan Noli treten für die Errichtung einer Republik ein, sind aber in bezug auf auswärtige Fragen geteilt, da Zogoulet als antitalienisch gilt, während Noli seine Politik in erster Linie gegen Serbien und Griechenland richtet. Für die Monarchistenpartei entfalten Ali Pascha in Wien und Hassan Bei in Rom eine rege Tätigkeit — für die Rückkehr des Prinzen von Wied, der noch immer, besonders in Nordalbanien, Anhänger haben soll. Dagegen wünscht ein großer Teil der Monarchisten einen Engländer oder Amerikaner auf den Thron zu bringen.

Nach Erkundigungen bei der Berliner mexikanischen Gesandtschaft traf daselbst am Dienstag ein Telegramm der Regierung Obregon ein, wonach der zu den Aufständischen übergegangene General Mancebo wiederum an die Seite Obregons getreten wäre, wodurch Vermirung in die Reihen der Aufständischen getragen worden sei. Präsident Obregon hofft nunmehr der Aufständischen Herr zu werden.

Eine Kabelmeldung aus Veracruz berichtet, daß der entscheidende Kampf zwischen Regierungstruppen und Revolutionären in Mexiko sich zugunsten der Revolutionäre entwickelt. Der Generalfeldchef der Regierungstruppen, General Cabazos, ist gefallen.

Schwere Verluste der Aufständischen.

Paris, 20. Dezember. Nach einer Havas-Meldung aus Veracruz liegen Guera und General Martinez in Unterhandlungen wegen Einstellung der Feindseligkeiten. Die Truppen des Generals Obregon sollen bei einem Überfall 100 Mann verloren haben. Die Bundesstruppen erklären, daß die Aufständischen schwere Verluste erlitten haben.

Nationale Verbände beabsichtigen, ihm bei dieser Gelegenheit Äußerungen der Kundgebung und Ergebnisse durch eine spezielle Delegation auszusprechen zu lassen.

Vereiteltes Attentat auf v. Kahr.

München, 20. Dezember. (Pat.) Amtlich wird bekanntgemacht: Die Polizeidirektion erhielt die Nachricht von einem geplanten Anschlag auf den Generalstaatskommissar. Sofort angeordnete Untersuchungen führten zur Verhaftung eines Agitators Johann Bartel, gehörig aus Sachsen. Bartel bekannte sich zu der Absicht, den Generalstaatskommissar zu erschlagen, und gab an, daß er schon die Vorbereitungen dazu getroffen habe.

Keine besonderen Vollmachten für die bayerische Regierung.

München, 20. Dezember. (Pat.) Der bayerische Finanzminister begründete im bayerischen Landtag die Notwendigkeit außerordentlicher Regierungsvollmachten wegen der hoffnungslosen Finanzlage des Landes. Es wird die größte Sparsamkeit und Opferwilligkeit nötig sein. Bei der Abstimmung fehlte die nötige Zweidrittelmehrheit für die außerordentlichen Vollmachten, so daß das Gesetz fiel.

Neue Putzabsichten in München?

Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr, Reichswehrkommandant v. Doffow und der Chef des Landespolizeiamtes v. Seißer veröffentlichten eine Warnung vor neuen Putzen, in der darauf hingewiesen wird, daß jeder Teilnehmer sich in Lebensgefahr begibt, da Reichswehr und Polizei nötigenfalls mit der Schutzwaffe vorgehen werden. Diese öffentliche Warnung der zuständigen Stellen wird mit Gerüchten in Verbindung gebracht, wonach von nationalsozialistischer Seite neuerdings versucht werden soll, einen Anschlag gegen die öffentliche Ordnung auszuführen. Bei den jüngsten Debatten im Ständigen Ausschuss des bayerischen Landtages ist bereits auf diese Gefahr hingewiesen worden.

Freistadt Danzig.

Der englische Kredit der Stadt Danzig.

Danzig, 19. Dezember. (Pat.) Der Danziger Senat hat an die Presse ein Kommünikat geschickt, in dem mitgeteilt wird, daß die Freistadt Danzig von der „Bank of England“ einen Kredit erhalten habe in Höhe von 200 000 Pfund Sterling gleich 5 Mill. Danziger Gulden. Die Bank von England hat zugesichert, mit der Danziger Emissionsbank in enger Fühlung zu bleiben.

Der neue Danziger Volkstag

tritt am 15. Januar zusammen und hat vor allem die Aufgabe, die neue Wirtschaftsgesetzgebung, die im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Währung nötig wird, auszuarbeiten.

* Die Mieten in Danzig. Nach einer Bekanntmachung des Wohnungsamtes soll vom 1. Januar ab eine neue Berechnungsgrundlage für den Mietzins für Wohnungen eingeführt werden: die Hälfte der Vorkriegszahlung soll für einfache Wohnungen, drei Viertel der Vorkriegsmiete für Läden und Geschäftsbureaus gezahlt werden.

Die voraussichtliche Entwicklung der Dinge in England.

London, 20. Dezember. (Pat.) Die politische Lage in England hat angesichts des nahenden Weihnachtsfestes ihren Charakter eigentlich nicht geändert. Das Parlament tritt am 8. Januar zusammen, de facto erst eine Woche später, da ungefähr eine Woche mit der Vereidigung der neuen Parlamentsmitglieder und der Erledigung anderer Formalitäten, die mit der Wiederaufnahme der Session verbunden sind, vergehen wird. Erst nach Erledigung dieser Formalitäten wird über die Thronrede diskutiert werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird im Laufe der Debatte die gegenwärtige Regierung durch die gemeinsame Opposition der Arbeiterpartei und der Liberalen gestürzt werden. Nach dem Sturz der Regierung wird Ramsey MacDonald die Mission der Neubildung des Kabinetts erhalten, von dem man von vornherein weiß, daß er sich dieser Mission unterziehen wird. Sollte die Arbeiterpartei zum ersten Male in der englischen Geschichte als Lenkerin der Staatsgeschicke auftreten, auf ihr Programm die Besteuerung des Kapitals setzen, dann scheint es klar zu sein, daß die Liberalen der neuen Regierung ihre Unterstützung versagen und gegen sie eine neue Opposition mit den Konservativen bilden würden.

Vor einer südslawischen Regierungskrise?

Wien, 19. Dezember. Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Ministerat die Auflösung der Ministerien für die Konstituante, für Sozialpolitik und für Agrarreform beschlossen habe. Die seit langem erwartete Krise des Kabinetts Bastisch scheint mit der kürzlich erfolgten Demission des Verkehrsministers Jankowicz in Bezug gekommen zu sein; auch der Rücktritt des Handelsministers wird angedacht.

Budgetdebatte in der Skupstina.

Belgrad, 19. Dezember. (W. T. B.) Nach teilweise sehr lebhafter Debatte genehmigte die Skupstina in einer Nachtigung das Budgetprovisorium für das erste Viertel des nächsten Jahres und vertagte sich hierauf bis nach den serbischen Weihnachten. Die deutschen Abgeordneten, welche bisher die Regierung unterstützten, stimmten gegen die Vorlage.

Der Finanzausschuß hat den Gesetzentwurf über die französische Anleihe in der Höhe von 300 Millionen Franken für Rüstungen genehmigt. Die Anleihe wird durch überschüssige aus den Monopolen, Böden und anderen Staatseinnahmen garantiert.

Kabinettsbildung in Portugal.

Paris 16. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Havas-Meldung aus Lissabon hat Alvaro Castro das Ministerium gebildet. Er übernimmt selbst das Kolonial- und vorübergehend auch das Finanzministerium. Domingo Bertra das Auswärtige, Paisios das Kriegsministerium und Admiral Nunes das Marineministerium.

Ein mutiger Senator.

Washington, 19. Dezember. Der demokratische Senator Owen erklärte in einer Senatsrede: Das Pariser und das Petersburger Kabinett von 1914 können verantwortlich für den Weltkrieg gemacht werden als die damalige deutsche Regierung.

Es sei von der höchsten Wichtigkeit, fügte Owen hinzu, daß die Welt die näheren Zusammenhänge kennen lerne und begreife, wie die Presse und die öffentliche Meinung geformt und die Völker gelehrt wurden, einander zu hassen und zu fürchten und Armeen zu organisieren, soweit es ihre Finanzkraft nur zuließ.

Eine Gesetzesvorlage zugunsten der deutschen Armen

Washington, 19. Dezember. (T. U.) Der Senator Watson hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach 27 Millionen Dollar, die den Ertrag des während des Krieges in Amerika beschlagnahmten feindlichen Vermögens darstellen, den unermittelten Deutschen überwiesen werden sollen.

Letzte Meldungen.

Die Zusammensetzung der Sachverständigenkommission.

Paris, 20. Dezember. (Pat.) Delegierte Frankreichs im Sachverständigenkomitee werden höchstwahrscheinlich sein: Parmenier, früher Generaldirektor des Kreditdepartements im Finanzministerium, Allig, Professor für politische Ökonomie in der juristischen Fakultät der Pariser Universität, und Atthalin, Verwaltungsdirektor der Bank Paris Ratz Bas. Von Seiten Italiens werden Albert Fircelli, Mario Alberti und Florio, Professor der Universität Bologna, dem Sachverständigenkomitee angehören.

Paris, 21. Dezember. (Pat.) Sir Brabburgh hat der Entschädigungskommission vorgeschlagen, als Sachverständige von Seiten Englands den Direktor der englischen Bank, Norman, den Industriellen Stamp und den früheren Finanzlangstler Mac Kenna zu laden. Die Entschädigungskommission hat sich mit dieser Liste einverstanden erklärt und wird die erwähnten Sachverständigen sofort offiziell einladen.

Zustimmung des Reichskabinetts zur Rheinischen Emissionsbank.

Berlin, 21. Dezember. (Pat.) Man beschäftigte sich im deutschen Kabinett mit der Angelegenheit der Gründung der Rheinischen Emissionsbank, mit der sich die Regierung unter bestimmten Bedingungen einverstanden erklärt. Diese Bedingungen werden in den nächsten Tagen Gegenstand einer Konferenz mit Vertretern dieser Bank sein.

Hauptgeschäftsführung: Dr. Wilhelm Loewenthal. Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meißner; für Stadt und Land Rudolf Gerbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styrax; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A. sämtlich in Poznań.

Am Montag, dem 24. d. Mts. erscheint die

Weihnachts - Nummer

des Posener Tageblatts in verstärktem Umfange! Wir machen die Geschäftswelt auf die vorzügliche Gelegenheit der Insertion hierdurch aufmerksam und bitten um rechtzeitige Übersendung der Anzeigen, spätestens bis Montag vormittags.

Die Geschäftsstelle.

Unerreichter
Qualitäts-Edellikör
Jubilat

HARTWIG KANTOROWICZ

Vorzüglichster
Edel-Branntwein
Setna

Tow. Akc.

1823—1923

Nast.

Aus unserer durch die Wielkopolska Izba Rolnicza anerkannten

Yorkshire-Schweinezucht habe ich ständig
Ferkel und Läufer sowie auch einige
sprungfähige Eber abzugeben.

Besichtigung jederzeit möglich. Bestellungen erbeten an

Dom. Grudzielec, Bronów
(Wielkopolska).

**Billigste Einkaufsquelle
auf Abzahlung für Alle**

Große Auswahl in Woll-
u. Baumwollwaren, Seide.

**Damen- u. Herren-
Garderobe.**

Zu günstigen
Bedingungen und
Preisen wie gegen
Barzahlung.

Oszczędność

Poznań

ul. Wielka Nr. 20. Tel. 15-34.

Billigste Einkaufsquelle auf Abzahlung für Alle.

SUKIENNICE

Tuchhallen - Poznań, Stary Rynek 56.
Alter Markt

Ein Besuch der „SUKIENNICE“

liegt im Interesse eines Jeden

Gute Waren. — Große Auswahl. — Niedrigste Preise.

Sonderangebot!

Posten I

enthält 800 Meter wollener
Erzeugnisse aus Bielsko für
praktische Mäntel — Ulster
— Anzüge und Kostüme.

Das Meter zu

3,950⁰⁰⁰ Mk.

Sonderangebot!

Posten II

enthält 1200 Meter wollener
Erzeugnisse aus Bielsko für
elegante Mäntel — Ulster —
Anzüge — Hosen u. Kostüme.

Das Meter zu

5,800⁰⁰⁰ Mk.

Reste u. Coupons 20% unter

Tagespreis.

Sämtliche Winterwaren bedeutend ermäßigt.

Tuch-Ausschnitt

Erklassiger Erzeugnisse der
Bielsko - Biala - Zgierz - To-
maszów u. ausländ. Fabriken.

Täglich frisch: **Speculatus**, als Weihnachts-Gebäck

und Baumbehang, **Weihnachtsstollen, Pfannkuchen, Kindernährzwieback**

empfehle, auch für **Niederverkäufer**

Heinrich Pohl, ul. Św. Czesława 14 (Wilda)

Bäckerei und Konditorwaren. (4509)

Weihnachtswunsch!

Selbst. Landwirt, 30 Jahre,
eogl. kräft. Natur, Größe 1 80,
nicht mit wirtschaftl. gut erzog.
Landwirts- oder Ansiedler-
tochter zwecks

Wassermühle

50 Gentner täglich und mehr, am liebsten in Stadt-
nähe zu pachten resp. kaufen gesucht. Eventl. größere
Windmühle nicht ausgeschlossen.

A. Richter i S-ka, Poznań, Kantata 6 II. Telefon 1739.

Heirat

in Briefwechsel zu treten. Aus-
steuer erwünscht. Vermögen
Nebensache. Gef. Anerbieten
m. Bild u. Ang. der Verh. unt.
6. 4584 a.d. Geschäftsst. d. Bl.



Krajowe Ubezpieczenie Ogniove

Telephon 2381, 5372, 4112.

w Poznaniu,
plac Nowomiejski 8

Gegründet im Jahre 1903

öffentlich rechtliche Anstalt der Wojewodschaft Poznań, finanziell garantiert
durch die Provinzialselbstverwaltung, als eine im Interesse des gemeinen
Nutzens und nicht zu Erwerbszwecken errichtete öffentliche Feuer-
versicherungsanstalt (§ 1 der Satzungen).

Versicherungen in Złote Polskie,

gleich dem schweizer Franken, sowie

Versicherungen in Dollars,

welche gegenwärtig bis zum Erscheinen des angekündigten finanz-
ministeriellen Erlasses auf Złote Polskie gleich dem schweizer Franken
ebenfalls verrechnet werden.

Die zu erwartenden Prämieinnahmen im Jahre 1923 werden über

80 Milliarden Mark

betragen.

Sehr geringe Verwaltungskosten sowie günstige Versicherungs-
bedingungen. Solide Schätzungs- und Entschädigungsweise.

Versicherungsabteilungen:

Feuer,

Hagel,

Haftpflicht,

Leben,

Feuerwehr-Unfallkasse und

Feuerlöschdienstpferdeversicherung.

**Solide Verbindungen mit Rückversicherungsgesellschaften in Polen
und im Auslande.**

Sonntag, den 23. Dezember 1923

sind die **Verkaufs-Geschäfte** in
Poznań mit Ausnahme der Kirchzeit

geöffnet.

Wir machen das **Publikum**
hierauf aufmerksam.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 21. 12. um 7 1/2 Uhr: „Hoffmanns Er-
zählungen“, Oper v. Offenbach.

Sonabend, den 22. 12. um 7 1/2 Uhr: „La Bohème“,
Oper von Puccini. (Gastspiel: Jadwiga
Dębicka.)

Sonntag, den 23. 12.: „Die Hugenotten“, Oper
von Meyerbeer.

Nocturne!

Seltene Dame, das die Lebensstränge
eines jungen Künstlers schildert. Bis

Conntag im Teatr Pałacowy.

Vorstellungen um 4 1/2, 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Werte)

für den Monat Januar 1924

Name

Wohnort

Postenhalt

Strasse

Ein fast neues Schaufelpferd (echtes Fell
und auf Nadeln),

ein gebr. Falkentoffer (Segeltuch 60x35),

ein gebr. Kinderwagen,

ein Fuchstragen (Naturfarben) verkauft

Siodlarnia, ul. Szewska 11.

Friede auf Erden.

Für den vierten Adventssonntag hat der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen an die gesamten christlichen Kirchen der Welt die Bitte gerichtet, dem Gedanken des Friedens auf Erden Ausdruck zu geben und ihn zum Gegenstand des Gebetes und der Fürbitte zu machen, wie es in dem altkirchlichen Gebet des Chrysostomus heißt: „Lasset uns in Frieden den Herrn anrufen — um den Frieden der ganzen Welt.“ Für uns mag die Verlegung dieses Friedenssonntags auf diesen Tag nicht günstig scheinen, weil erfahrungsgemäß leider manche Leute meinen, an diesem Sonntag brauche man der Nähe des Festes wegen nicht zur Kirche zu gehen. Aber andererseits — wann käme dieser Gedanke mehr Nachdruck, als angesichts der heiligen Nacht mit ihrem Engelchor: „Friede auf Erden“? In den alttestamentlichen Weissagungen vom kommenden Messiasreich hat diese Hoffnung ergreifenden Ausdruck gefunden, wie Jesaja 11 zu lesen ist.

Unsere Zeit hungert nach Frieden. Die Hoffnung, daß er mit dem Schluß des Weltkrieges kommen werde, hat getäuscht. In der Völkerwelt sind die Gegensätze fast schärfer denn zuvor. Warum? Weil Menschen nicht den Frieden machen können, weil, solange Haß und Selbstsucht in der Welt das Regiment führen, für ihn in ihr kein Raum ist. Denn das ist der Sinn dieses Friedenssonntags, daß er bezeugen soll: „Es kann nicht Friede werden, bis Jesu Liebe siegt und dieser Kreis der Erden zu Seinen Füßen liegt.“

Zur bevorstehenden Besitzsteuer auf Stohnbasis.

Die „Gazeta Warszawska“ bringt eine Zusammenstellung über die bevorstehende Besitzsteuer auf Stohnbasis. Der Steuerentwurf, der ausgearbeitet worden ist auf Grund des Gesetzes vom 11. August 1923, ist in Goldfranken, wie folgt, festgesetzt:

Steuerklasse	Wert des Besitzes von — bis Goldfranken	Steuerhöhe in Prozent
1	0 000 — 4 500	1,2
2	4 500 — 8 000	1,4
3	8 000 — 12 000	1,6
4	12 000 — 15 000	1,8
5	15 000 — 20 000	2,0
6	20 000 — 25 000	2,2
7	25 000 — 30 000	2,4
8	30 000 — 35 000	2,6
9	35 000 — 40 000	2,8
10	40 000 — 45 000	3,0
11	45 000 — 50 000	3,2
12	50 000 — 55 000	3,4
13	55 000 — 60 000	3,6
14	60 000 — 65 000	3,8
15	65 000 — 70 000	4,0
16	70 000 — 75 000	4,2
17	75 000 — 80 000	4,4
18	80 000 — 85 000	4,6
19	85 000 — 90 000	4,8
20	90 000 — 95 000	5,0
21	95 000 — 100 000	5,2
22	100 000 — 110 000	5,5
23	110 000 — 120 000	5,8
24	120 000 — 130 000	6,0
25	130 000 — 140 000	6,3
26	140 000 — 150 000	6,5
27	150 000 — 160 000	6,8
28	160 000 — 170 000	7,0
29	170 000 — 180 000	7,3
30	180 000 — 190 000	7,5
31	190 000 — 200 000	7,8
32	200 000 — 210 000	8,0
33	210 000 — 220 000	8,3
34	220 000 — 230 000	8,5
35	230 000 — 240 000	8,8
36	240 000 — 250 000	9,0
37	250 000 — 260 000	9,3
38	260 000 — 270 000	9,5
39	270 000 — 280 000	9,8
40	280 000 — 290 000	10,0
41	290 000 — 300 000	10,3
42	300 000 — 310 000	10,5
43	310 000 — 320 000	10,8
44	320 000 — 330 000	11,0
45	330 000 — 340 000	11,3
46	340 000 — 350 000	11,5
47	350 000 — 360 000	11,8
48	360 000 — 370 000	12,0
49	370 000 — 380 000	12,3
50	380 000 — 390 000	12,5
51	390 000 — 400 000	12,8
52	400 000 — 410 000	13,0
53	410 000 — 420 000	13,3
54	420 000 — 430 000	13,5
55	430 000 — 440 000	13,8
56	440 000 — 450 000	14,0
57	450 000 — 460 000	14,3
58	460 000 — 470 000	14,5
59	470 000 — 480 000	14,8
60	480 000 — 490 000	15,0
61	490 000 — 500 000	15,3
62	500 000 — 510 000	15,5
63	510 000 — 520 000	15,8
64	520 000 — 530 000	16,0
65	530 000 — 540 000	16,3
66	540 000 — 550 000	16,5
67	550 000 — 560 000	16,8
68	560 000 — 570 000	17,0
69	570 000 — 580 000	17,3
70	580 000 — 590 000	17,5
71	590 000 — 600 000	17,8
72	600 000 — 610 000	18,0
73	610 000 — 620 000	18,3
74	620 000 — 630 000	18,5
75	630 000 — 640 000	18,8
76	640 000 — 650 000	19,0
77	650 000 — 660 000	19,3
78	660 000 — 670 000	19,5
79	670 000 — 680 000	19,8
80	680 000 — 690 000	20,0
81	690 000 — 700 000	20,3
82	700 000 — 710 000	20,5
83	710 000 — 720 000	20,8
84	720 000 — 730 000	21,0
85	730 000 — 740 000	21,3
86	740 000 — 750 000	21,5
87	750 000 — 760 000	21,8
88	760 000 — 770 000	22,0
89	770 000 — 780 000	22,3
90	780 000 — 790 000	22,5
91	790 000 — 800 000	22,8
92	800 000 — 810 000	23,0
93	810 000 — 820 000	23,3
94	820 000 — 830 000	23,5
95	830 000 — 840 000	23,8
96	840 000 — 850 000	24,0
97	850 000 — 860 000	24,3
98	860 000 — 870 000	24,5
99	870 000 — 880 000	24,8
100	880 000 — 890 000	25,0
101	890 000 — 900 000	25,3
102	900 000 — 910 000	25,5
103	910 000 — 920 000	25,8
104	920 000 — 930 000	26,0
105	930 000 — 940 000	26,3
106	940 000 — 950 000	26,5
107	950 000 — 960 000	26,8
108	960 000 — 970 000	27,0
109	970 000 — 980 000	27,3
110	980 000 — 990 000	27,5
111	990 000 — 1 000 000	27,8

Der Wert des Besitzes muß berechnet werden auf Grund des Standes vom 1. Juli 1923 in polnischen Mark. Der Beitrag ist dann umzurechnen zum Kurse von 20 000 polnischen Mark = 1 Goldfrank.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 21. Dezember.

Weihnachts-Sonderzüge.

Die Eisenbahndirektion bittet uns, mitzuteilen, daß mit Rücksicht auf den gesteigerten Reiseverkehrsverehr folgende Sonderzüge eingelegt werden:

Strecke Posen—Ostrowo: Am 22., 23. und 24. Dez. Personenzug Nr. 523 (Posen ab 6.05 abends, Ostrowo an 9.10), am 23. und 24. Dez. Personenzug Nr. 527 (Ostrowo ab 8 nachm., Posen an 6); am 20. Dez. geht ein Sonderzug von Ostrowo um 5.45 nachm. ab und trifft um 8.45 in Posen ein. Auf der Strecke Posen—Znowroclaw—Thorn verkehrt am 22., 23. und 24. Dez. Personenzug Nr. 386 (Posen ab 8.20 nachm.), zurück Personenzug Nr. 387 (Thorn ab 8 abends). Am 26. Dez. gehen folgende Sonderzüge: Nr. 386 (Posen ab 8.20 nachm., Znowroclaw an 6.18 abends), zurück Nr. 215 (Znowroclaw ab 5.40 nachm., Posen an 8.30 abends). Strecke Posen—Lissa: Am 22. und 24. Dezember Personenzug Nr. 787 (Posen ab 8.45 nachm., Lissa an 5.35), zurück Nr. 788 (Lissa ab 6 abends, Posen an 9 abends). Strecke Posen—Opalenika: Am 22. und 24. Dez. Personenzug Nr. 327 (Posen ab 8.40 abends, Opalenika an 7.46 abends), zurück Nr. 330 (Opalenika ab 9 abends, Posen an 10.05 abends).

Worte zur Altershilfe.

Wen sollen wir speisen, wen sollen wir laben?
Solche, die wirklichen Hunger haben!
Wir aber geben die meisten Feste
Für falsche Gäste.

Darum spendet die Kassen eines beabsichtigten Gesellschaftsabends der Altershilfe!

Victor Schulz, Bankdirektor.

Geldspenden nehmen alle deutsche Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wagh Beschäftigte 2 (früher Kaiserling), entgegen.

Landwirtschaftlicher Tarifvertrag.

Die am 11. d. Mts. in Warschau begonnenen Verhandlungen über den landwirtschaftlichen Rahmen-tarif mußten leider am 14. d. Mts. wieder abgebrochen werden, da ein Ergebnis nicht erzielt werden konnte. Die Neuverhandlung wurde vom Regierungsvertreter auf eine unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Die Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen waren insofern in erster Linie unannehmbar, weil sie sich zum Teil außerhalb des Rahmens der eigentlichen vertraglichen Verpflichtungen bewegten. Die Annahme dieser Anträge hätte in der Form grundlegende Änderungen schwerwiegender Art zur Folge gehabt. In zweiter Linie forderten dann die Vertreter der Arbeitnehmerverbände eine so große Anzahl von Abänderungsvorschlägen für die einzelnen Artikel des Tarifvertrages, daß auch hierdurch die Verhandlung zum Scheitern gebracht wurde. Aus diesen Gründen empfiehlt der Arbeitgeberverband für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen seinen Mitgliedern: am Kündigungsstermin die neu zu verpflichtenden Arbeiter auf Grundlage des Tarifvertrages vom 28. April 1923 auch für das Jahr 1924/25 zu mieten, jedoch mit der Bedingung, daß von den Parteien ein etwa später noch für das Jahr 1924/25 neu vereinbarter Vertrag als maßgebend und verpflichtend anzusehen ist.

Die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat, Geschäftsstelle Posen, bittet uns, mitzuteilen, daß am Montag 24. d. Mts., die Diensträume geschlossen bleiben.

Zur Erhöhung des Eisenbahntarifs bzw. die Verdoppelung des Personen- und des Gütertarifs auf Anordnung des Ministers für Handel und Gewerbe, des Finanz- und des Eisenbahnministers, und zwar für die Zeit vom 21. bis 31. Dezember, in Kraft getreten. Diese Anordnung bringt keine Änderung in die Einführung der Goldfranken als Grundlage bei der Eisenbahntarifberechnung vom 1. Januar 1924 an. — Die einfache Straßenbahnfahrt kostet seit heute früh 80 000 Mark, d. h. das 800 000fache des Friedenspreises.

Einfässerung und Protektion von Wecheln (Postaufträge). Nach einer Mitteilung der Post- und Telegraphendirektion

in Posen haben die Vorschriften betreffs der Einfässerung und Protektion von Wecheln (Postaufträge) durch Vermittlung der Post in dem hiesigen Teilgebiet weiter Geltung. Deshalb sind die Postämter im Bezirk des hiesigen Teilgebietes verpflichtet, vorschrittsmäßig bei der Post aufgegebenen Postaufträge der bisherigen Praxis entsprechend zu erledigen. Die Direktion weist gleichzeitig die nachgeordneten Postämter an, in Zukunft sich genau nach den Vorschriften in Sachen der Postaufträge zu richten.

Keine Wertbriefe und -pakete nach Österreich. Das Postministerium untersagte bis auf Widerruf die Annahme von für Österreich oder zum Durchtransport durch dieses Land bestimmten Wertbriefen und Wertpaketen.

Militärdienstbefreiung der Polanten für die Tschechoslowakei. Die Militärbehörden veröffentlichten eine Erklärung, daß diejenigen Personen, die für die Tschechoslowakei optiert oder infolge ständiger Wohnens auf dem tschechoslowakischen Gebiet die dortige Staatsangehörigkeit erlangt haben, auf Grund einer Ministeranweisung die polnische Staatsangehörigkeit verlieren und vom Militärdienst im polnischen Heere befreit werden. Die Feststellung der Gültigkeit einer Optation wird von den entsprechenden Verwaltungsbehörden bezeugt und bescheinigt, die hierzu entsprechende Vorschriften erhalten haben.

4 Milliarden 5 Millionen Mark. kostet jetzt ein Waggon (10 000 Kilo) Zeitungspapier. Diese „große Wertschätzung“ ist den Zeitungsverlegern jetzt zu Weihnachten geworden, damit sie in der Feiertagen Zeit haben, sich ihrer zu erfreuen.

Eine Adventsfeier veranstaltete gestern, Donnerstag, abends 8 Uhr, der Mädchenklub. Begonnen wurde die Feier mit dem Lied: „Es ist ein Ros entsprungen“. Danach folgte eine Begrüßungsrede, die von einem jungen Mädchen gehalten wurde. Als Darbietungen erschienen auf dem Programm Chor- und Einzelgesänge mit Gitarrenbegleitung, gemeinsame Gesänge, Weihnachtsgedichte, Musikvorträge und lebende Bilder. Wenn auch der Chorgesang hinter geschlossenem Vorhang etwas verflachte, so lag das höchstwahrscheinlich an dem Geräusch auf der Bühne, das durch den Aufbau für die lebenden Bilder verursacht wurde. Die lebenden Bilder fielen zur Zufriedenheit aus, nur ist zu bemerken, daß bei dem Bild der drei Sterne und des Stern von Bethlehem ein etwas ernsteres Aussehen erwünscht gewesen wäre. Den Schluß der Feier bildete eine Ansprache von Frau Superintendentin Hode, in der sie allen für ihr Erscheinen dankte.

Die deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Posen veranstaltete ihre Weihnachtsfeier am Sonntag, dem 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle des deutschen Gymnasiums, Waly Jagiello (fr. Karmeliterwall) Eingang Nr. 2.

Diebstähle. Im Werte von 1½ Milliarden bestohlen wurde eine Familie in der Wiestie Garbary 10 (fr. Gr. Gerberstr.), indem ihre von Einbrechern Damenhemden, ein Gobel, eine goldene Damenuhr mit langer goldener Kette, ein Paar goldene Ohrringe, Gläser, eine Damenhandtasche, Schürzenstoffs, eine Wederuhr, vier Meier Julett, 5 350 000 Mk. poln., und 20 Franz gerahmt wurden. Ferner wurden gestohlen: aus einem Laden Odslof 7 (fr. Genralstr.) drei dicke Glasplatten (100 × 40 cm) und ein Plättapparat im Werte von 300 Millionen Mk.; ferner von einem Wagen in der Grundlinie (fr. Biegestr.) eine 10 Meter lange und 5 Meter breite Wagenplane im Werte von 50 Millionen Mk.

Polizeilich festgenommen wurden: 4 Betrunkene, 7 Diebe, 3 Dürren, 2 Lbdachlose und eine gefuchte Person.

Firke, 19. Dezember. Das Brückengeld für Benutzung der hiesigen Warthebrücke ist um das Fehnfache erhöht und beträgt jetzt für einen Einspanner 3000 und für einen Zweispanner 6000 Mark.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Warschau, 18. Dezember. Dem „Kurjer Poranny“ zufolge ist auf einer Straße in Warschau ein Mord verübt worden, der großes Aufsehen unter der Bevölkerung erregt hat. Die Vorübergehenden hörten plötzlich eine ganze Reihe von Schreien fallen und bemerkten dann, wie zwei Personen fortliefen, auf deren Verfolgung sich zwei Polizisten machten. Ein junger Mann war von mehreren Kugeln getroffen auf der Straße zusammengebrochen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Jemand, der Personalpapiere bei ihm nicht gefunden, so daß man keinen Anhaltspunkt hatte, wer der Ermordete war. Erst als die Kriminalpolizei eintraf, ließ sich feststellen, daß es sich um einen gewissen Klefjak handelt, der sich gerade auf dem Wege zu einem Kollegen befand. Weitere Nachforschungen haben ergeben, daß es sich um einen Eifersüchtigen handelte. Bisherige noch nicht aufgeklärt worden, da von den Mördern noch jede Spur fehlt. Nur einige Browningshülsen konnten am Tatort ermittelt werden.

Weißperson, hütlos, mit sauberer Zimmermädchenhülle, und lockte einen Forterrier.

„Das ist er!“ jubelte Eduard. „Gepriejen sei die Ilias, der alte Homer und das ganze klassische Altertum! Nun aber heißt's schlau sein! Jetzt, alter Edi, mache dein Meisterstück! Zeige dich des unverhofften Zufalls würdig! Edi, alter Anabe, Glückspilz, die Stunde des Sieges naht!“ Er überquerte, wie zufällig, die Straße, näherte sich den hübschen Dienstmädchen, das den Forterrier auf den Arm genommen hatte, und ging eine Zeilung neben ihm her. Er lächelte sie an, sie lächelte ihn an.

„Ein reizendes Hündchen haben Sie da!“ begann er zu scherzen, indem er den Köter tätschelte, und machte weniger dem Hund als seiner niedlichen Beaufsichtigerin große Augen. „Ein allerliebster Kerchen! Weinake so entzückend wie seine Herrin!“ — „Aber nein!“ — „erröte das Mädchen und blühte mit verträumtem Lächeln beiseite.“

„Aber ja!“ betonte Eduard und wunderte sich selbst, wie leicht ihm, der doch so lange aus der Übung war, das Pouffieren fiel. Aber was man einmal in der Jugend richtig gelernt hat, vergißt man nie wieder. Am Ende war es gar angeborenes Talent? „Aber ja, liebes Fräulein! Bin doch sicher nicht der erste, der Ihnen sagt, wie reizend Sie sind! Darf ich ein Blickchen mit Ihnen gehen?“ — „Aber ich kenne Sie doch gar nicht!“ kam es verlegen, aber keineswegs erzürnt zurück.

„Sehen Sie, dann ist es höchste Zeit, daß Sie meine Bekanntschaft machen!“ schmernte Eduard. Und dachte heimlich: „Es geht! Es geht! Alle Wetter, hätte gar nicht geglaubt, was für ein Don Juan in meinem schrumpeligen Pelz steckt! Ja, die Männer sind Sünder von Natur aus!“ Er ging jetzt dicht neben dem Mädchen, sie mit gutgepielter Verliebtheit anstimmend.

„Um Sie doch den Hund vom Arm!“ bat er, indem er sich bemühte, recht viel Schmelz in seine trüberrige Stimme zu legen. — „Warum denn?“ — „Damit ich Ihnen einen Kuß geben kann.“ — „Nein, nein, nein!“ lachte das Mädchen hell auf. „Sie sind mir ja ein netter Herr!“

(Fortsetzung folgt.)

Die verheirte Stadt.

Eine heitere Spitzbüben-Geschichte von Karl Gittlinger.

(24. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

„Sie haben sich jeder Beamtenbeleidigung zu enthalten, Herr Bohnkraut!“ — „Adrian Sie sich legitimieren?“ — „Yes, Sir! So viel Sie wollen. Habe immer ein Pfund Legitimationspapiere bei mir.“ Er zog seine Brieftasche und reichte dem Kommissar seinen Paß. — „Er ist in Ordnung“, sagte dieser, nachdem er ihn geprüft und die eingeklebte Photographie mit dem Original verglichen hatte. „Nun erzählen Sie mir aber einmal, weshalb schließen Sie mitten in der Nacht in einer so friedlichen Stadt? Wir sind doch hier nicht in Wildwest!“

„Weil ich keine Lust habe, mich öffentlich backpfeifen zu lassen! Wünsche Ihnen keinen Abdruck von dieser Handschrift. Hatte den Burschen bereits telephonisch verständigt, daß ich ihm bei der ersten Begegnung einige Gußlöcher in den Bauch knallen würde.“ — „Das geht aber doch nicht, Herr Bohnkraut!“ — „O doch! Sehen ja, daß es geht!“ — „Es tut mir leid, aber ich muß natürlich Anzeige erstatten. Beantworten Sie mir einige Fragen, damit ich ein Protokoll aufnehmen kann!“ Es folgte das übliche polizeiliche Frage- und Antwortspiel, das der Kommissar gewissenhaft zu Papier brachte, und das Bohnkraut gleichmütig unterschrieb.

„Sie werden das Weitere schriftlich erfahren, Herr Bohnkraut. Sie können gehen!“ — „Werde ich wohl müssen, da keine Elektrische mehr fährt. Und mein Revolver, wenn ich bitten darf?“ — „Der bleibt hier. Das Waffen tragen ist verboten.“ — „Aber das Totgeschlagenwerden ist erlaubt? Herrliche Einrichtungen haben Sie in Europa! Na, laßt Sie mich nur noch vielmals, daß Sie mich ganz überflüssigerweise verhaftet haben!“ — „n Abend!“

Eduard Bohnkraut verließ das Wacklokal, begleitet von dem Kopfschütteln des Kommissars und seiner beiden

Beamten. — „Ist das 'ne Gurke!“ meinte der eine Schutzmann belustigt.

Die Menschen, die Eduard das Geleit zur Wache gegeben hatten, hatten sich wieder verkauft. Die Straßen waren menschenleer. Eduard schlug den nächsten Weg nach Hause ein, indem er in die Große Gelbgasse einbog. Er war jetzt sehr schlecht gelaunt, und selbst die hochste Zeitungsnotiz über seinen Freund Adressor Funke hätte kaum seine verbissenen Mundwinkel zu einem Lächeln gelockert. Er verwünschte Gott und die Welt, schalt sich wegen seiner Rückkehr nach Europa einen Idioten, und er sehnste sich in dieser Stunde ebenso inbrünstig nach Philadelphia, wie er sich ehemals in Philadelphia nach Bredendorf gesehnt hatte.

„Habe ich nicht, bei Licht besehen, die Ehrgeize verdienst?“ kratzte er in sich hinein. „Hat Meier III nicht recht: was geht mich die ganze Geschichte an? Man hat mir mein Haus gestohlen, — well! Aber habe ich's gebraucht? Habe ich's in Philadelphia drüben vermisst? — Wäre ich jenseits des großen Teiches geblieben, ich hätte hundert Jahre alt werden können, ohne jemals zu erfahren, daß die Villa Sonnenstrahl nicht mehr existiert. Muß mich der Satan reiten, daß ich hierher gонdle! In dieses verfluchte Philisternest, das den Stachtschwahn und den Mahoradischafimmel hat! Nicht nur geohrfeigt gehöre ich, — ich möchte mich selbst übers Knie legen und mit einem Rohrstod verfohlen, — wenn das anatomisch möglich wäre!“

„Maj!“ rief eine helle Mädchenstimme. „Maj, hierher! Oder soll ich Dich an die Leine legen?“

Wie elektrisiert fuhr Eduard auf. Alle seine Selbstvorwürfe waren im Nu vergessen. Aus der Verlenkung tauchte wieder der ehrgeizige Detektivamateur Eduard Bohnkraut auf, der dem Adressor Funke auf den Kopf zu gefagt hatte, er nur er werde den Verbrecherkönig von Bredendorf fangen.

„Maj!“ rief es noch einmal. „So komm doch!“ — Auf der anderen Seite der Straße ging eine niedliche, junge

Handel und Wirtschaft.

Von den Banken.

Bankausweis der P. A. K. P. bis 10. Dezember. Aktiva:
Metallbestand 75 206 652,54 (+ 83 022,68). Kassa- und Guthaben 850 992 363 438,66 (+ 512 094 240 978,67). Kassenwechselungen 9 004 143 197 187,63 (+ 2 504 351 701 854,06). Wechselportefeuille 11 723 398 338 458.— (+ 3 256 364 640 279.—). Termianleihe und offene Kredite 6 048 242 268 065.— (+ 2 096 460 367 535.—). Schwere Schuld des Staates 51 235 000 000 000.— (+ 8 881 000 000 000.—). P. A. D. 6 148 085 650,27 (+ 2 617 282 372.—). Eigene Papiere 98 215 850 421,75 (+ 4 959 301 148.—). Andere Aktiven 9 794 996 742 720,56 (+ 66 845 488 792,41). **Passiva:** Reservefonds 50 347 758 373,94 (unverändert). Banknoten- und Wechselsumme (+ 8 268 376 608 315,50). Girorechnungen und sofort zahlbare Verpflichtungen 19 461 207 123 166,26 (+ 7 749 588 521 216,29). Andere Passiven 7 763 785 893 451,71 (+ 806 728 445 460,03). Gesamtsumme des Ausweises 88 761 212 062 595,41. Dispositionen unverändert.

Bankausweis der P. A. K. P. bis 10. Dezember. Aktiva:
Metallbestand 75 206 652,54 (+ 83 022,68). Kassa- und Guthaben 850 992 363 438,66 (+ 512 094 240 978,67). Kassenwechselungen 9 004 143 197 187,63 (+ 2 504 351 701 854,06). Wechselportefeuille 11 723 398 338 458.— (+ 3 256 364 640 279.—). Termianleihe und offene Kredite 6 048 242 268 065.— (+ 2 096 460 367 535.—). Schwere Schuld des Staates 51 235 000 000 000.— (+ 8 881 000 000 000.—). P. A. D. 6 148 085 650,27 (+ 2 617 282 372.—). Eigene Papiere 98 215 850 421,75 (+ 4 959 301 148.—). Andere Aktiven 9 794 996 742 720,56 (+ 66 845 488 792,41). **Passiva:** Reservefonds 50 347 758 373,94 (unverändert). Banknoten- und Wechselsumme (+ 8 268 376 608 315,50). Girorechnungen und sofort zahlbare Verpflichtungen 19 461 207 123 166,26 (+ 7 749 588 521 216,29). Andere Passiven 7 763 785 893 451,71 (+ 806 728 445 460,03). Gesamtsumme des Ausweises 88 761 212 062 595,41. Dispositionen unverändert.

Wirtschaft.

Das Anwachsen der Feuerung. Die „Rzeczp.“ bringt im Rahmen eines längeren Artikels, der den Anstieg der Lebenshaltungskosten in Polen behandelt, folgende interessante Zusammenstellung über die verschiedenen Feuerungszahlen in den Monaten der Jahre 1921/23.

Monat	Tägliche Unterhaltungskosten in Mtp.	Steigerung in Prozent	ganzer Monat	Tag
1921				
Januar	450,68	26,05	0,73	
Februar	544,77	20,88	0,66	
März	575,18	5,58	0,18	
April	551,82	-4,06	-0,14	
Mai	573,09	3,85	0,12	
Juni	648,65	13,18	0,41	
Juli	822,69	26,83	0,77	
August	973,02	18,27	0,54	
September	1 274,13	30,94	0,90	
Oktober	1 556,98	22,20	0,65	
November	1 553,64	-1,90	-0,06	
Dezember	1 524,09	-1,86	-0,06	
1922				
Januar	1 500,25	0,30	0,01	
Februar	1 538,71	2,56	0,08	
März	1 675,47	8,89	0,28	
April	1 876,06	11,97	0,38	
Mai	2 045,25	9,02	0,28	
Juni	2 189,00	7,03	0,23	
Juli	2 521,00	15,19	0,46	
August	2 906,35	15,26	0,46	
September	3 445,23	18,34	0,57	
Oktober	4 109,28	19,27	0,57	
November	5 471,67	33,15	0,96	
Dezember	7 391,21	35,08	0,97	
1923				
Januar	11 826,—	52,70	1,37	
Februar	18 260,—	61,79	1,67	
März	24 378,—	33,51	0,97	
April	26 724,—	9,62	0,31	
Mai	30 293,—	13,36	0,41	
Juni	30 993,—	—	—	
Juli 22.—28.	45 867,—	47,99	1,32	
Juli 15.—28.	72 204,—	57,42	1,58	
Juli 29.—31.	70 584,—	—	—	
August 1.—11.	93 347,—	32,25	2,02	
August 11.—25.	121 467,—	30,12	1,90	
August 26.—8. September	151 164,—	24,45	1,57	
September 9.—22.	172 282,—	13,97	0,94	
September 16.—30.	181 800,—	—	—	
Oktober 1.—15.	331 100,—	83,25	4,12	
Oktober 16.—31.	651 500,—	66,91	3,25	
November 1.—15.	934 200,—	51,06	2,79	
November 16.—30.	1 512 400,—	53,67	2,91	

Von den Aktiengesellschaften.

S. Cegielski & A. in Posen. Auf Beschluss der Generalversammlung vom 19. November 1923 ist in Erwägung gezogen worden, das Aktienkapital in Höhe von 4800 Millionen Mark nom. um mindestens 600 Millionen und höchstens 1800 Millionen zu erhöhen. Es werden zu diesem Zweck ausbezahlt: a) 1200 Millionen Mark nom. Stammapkationen zum Kurse von 240 000 M. und b) 600 Millionen Vorzugsaktien zum Kurse von 360 000 Mark für je 1000 M. nom. Die alten Aktionäre erhalten für je 4 alte Stammapkationen eine junge zu 1000 M. nom. Bei Vorzugsaktien erhalten die Aktionäre auf 8 alte Aktien eine junge zu 1000 M. nom. Die Aktiengesellschaft fordert die alten Aktionäre auf, das Bezugsrecht auszuüben, und zwar innerhalb von vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung im „Monitor Polski“ ab, d. i. bis zum 18. Januar 1924. Mit diesem Tage erlischt das Bezugsrecht. Bei der Bank Związek Spółek Jacobowich und ihren sämtlichen Filialen in Polen kann das Bezugsrecht ausübt werden. (M. P. 288.)

Zuckerfabrik Kujawien T. A. Im „Monitor Polski“ wird in Nr. 288 die Bilanz der Zuckerfabrik veröffentlicht. Nach dieser Bilanz beträgt das Aktienkapital 60 Millionen, der Reservefonds 379 700 837,45. Sämtliche Fabrikanlagen, Maschinen, Liegenheiten, Eisenbahnanleihe, Reserveeffekten in Janikowo und in Potosé sind bis auf 1 M. abgeschrieben. Der Reingewinn für das Jahr 1922/23 (Juli) ist mit 5 194 712 254,10 M. angegeben. Die Dividende ist auf 5 Prozent festgesetzt. Die Superdividende auf 0,25 Prozent in Höhe (also 2,5 Prozent für die 1000-M.-Aktie). Die Auszahlung der Dividende übernahm die Bank Cukrownictwa in Posen, die Bank für Handel und Gewerbe in Jadowo und die Zentralbank der Zuckerfabrik in Janikowo. Am 1. Januar 1924 findet die Auszahlung nur von Janikowo statt. (M. P. 288.)

Von den Märkten.

Vom Holzmarkt in Polen. Auf dem polnischen Holzmarkt lässt sich eine gewisse Belebung feststellen, obwohl es noch weit ist zu normaler Lage und zahlreichen Transaktionen. Geachtet wurden große Mengen Grubenholz für das polnische Kohlengebiet und für die Ausfuhr, Eichen- und Kiefernholz in guter Sorte sowie eichene Eisenbahnschwellen. Die letzten Wochen weisen eine teilweise Verstärkung der Holzumsatz auf. Trotz gewisser Schwierigkeiten rechnet man mit einem weiteren Anwachsen der Ausfuhr. Die Nachfrage nach rundem Nadelholz und ganzen Holzstäben ist weiterhin beträchtlich. Die Einschlagkampagne 1923/24 ist in vollem Gange. Die letzten Preise für Holzmaterialien in 1000 Polnischen Mark folgende: Eichen Stammstücke für Tischler, über 30 cm Mitteldurchmesser ohne Rinde, glatt und gerade, 20 000 bis 30 000 je nach Qualität, für den Export ohne Mängel 41 000 bis 42 000, mittlere Sorte in ganzen Längen mit Knoten 18 000 bis 19 000 (ohne größeres Interesse), eichene Journalstücke erster

Sorte, gerade, glatt und feindrüg, von 40 cm am dünneren Ende 60 000—62 000 bei geringem Angebot. Das Interesse für Journalstücke zum Export weiterhin geringer. Telegraphenstangen in Exportartmaßen 24 000—26 000. Stammstücke für Tischler in guter Sorte des Inlandsmarktes bei fester Tendenz: Ilme 19 000 bis 20 000, Nüßer 20 000—21 000, Kappel 15 000—17 000, Ahorn 18 000—19 000, Erle 15 000—16 000, Eiche 21 000—22 000, Birke 8000—9000, Weißbuche 18 500—19 500, Buche 11 000—12 500 in kleinen Partien. Exportmaterial je nach Qualität erzielte um 50 bis 100 Proz. höhere Preise. Die Nachfrage nach Nadel-Mund-hölzern war äußerst belebt bei fester Tendenz. Kiefern Tele-graphenstangen für die Ausfuhr 18 000—19 500, Grubenholz bei sehr großem Bedarf im Inlande kam auf 8500—9000 für Material in ganzen Längen. Der Danziger Exportpreis erreichte 17 Schilling pro Kubikmeter. Die Tendenz für Grubenholz war fest. Papier-fichte zuletzt Angebot von 7500—8000 M. pro Raummeter. Eichenholz für Streichhölzer, Exportqualität 26 000—28 000, Lokalmaterial mit Binnenmarkt 19 000—20 000. Gelegte Ware: Englisch beschchnittene Kiefernbohlen unsort., „Decals“ und „Battens“ in aktuellen Ausmaßen 52 000—54 000, unsortierte Tannen- und Fichtenbohlen 12 bis 15 Proz. billiger je nach Qualität und Spezifizierung, unsortierte „Madriers“ und „Battings“ in Fichte und Tanne für den Export nach Frankreich 40 000—41 000, engl. Kiefernbohlen (Bauholz) 41 000—42 000, in Fichte und Tanne 10 bis 12 Proz. billiger. Unbeschrittene Kiefernbohlen für Tischler 32 500—33 500, beschritten für Zimmerleute 25 000—26 000, in Fichte und Tanne bis zu 24 000. Kieferne Halbholzbretter für Risten 30 000—31 000, in Fichte und Tanne etwas billiger. Eichenbretter für Tischler beschritten, ausgefuchtes Material für die Ausfuhr, ohne Knoten 85 000—92 000 je nach Qualität. Eisenbahnschwellen für breite Spuren in Kiefer für die P. A. K. P. 1800—2000 loco Straße, für die Ausfuhr 2600—2800. Kieferne Doppelsleepers 5400—5500, trockene Brennweite in Kiefer 60 000—70 000 pro 10 000 kg. loco Wagon Verlade-station. Die allgemeine Tendenz fest bei größerer Belebung des Marktes.

Edelmetalle. Warschau, 19. Dezember. Keine Notierung. — Neuhort, 18. Dezember. Diskont 4½. Jnl. Silber 99%, ausl. 65½. — London, 18. Dezember. Diskont 3½. Silber bar 37½, drei Mon. 32½, Gold 84,4.

Metalle. London, 18. Dezember. Standardkupfer 62,8,9, drei Mon. 63,3,9, Elektrolytkupfer 68, Standardzinn 234,7,6, drei Mon. 236,7,6, Blei bar 31,7,6, drei Mon. 29,8,9, Zink bar 32,11,3, drei Mon. 32,16,3, engl. Antimon 44,15, Quecksilber 9,7,6. — Neuhort, 18. Dezember. (Cts. pro lbs.) Elektrolytkupfer 13,12, Zinn 47,25, Blei 7,50, Zink 6,17, Roheisen (Dollar pro t.) 22,50, Weißblech (Dollar pro 100 lbs.) 5,50.

Haute und Leder. Posen, 19. Dezember. (In Tausend Mtp.) Rind gef. 450, tr. 900, Kalb gef. 550, tr. 3500, Hammel gef. 800, tr. 800, nackt 1000, Rof. gef. 15 000, tr. 14 000, Ziege tr. 4500, gef. 4000, Rofhaar 2000, Mähnenhaar 1000, Fohlen gef. 4000, tr. 4000, Winterfelle 500, Zid. 200, Früh-jahrsfelle 800, Winterfelle 500, Kaninchen Ff. 350, Lamm 150. Tendenz steigend.

Alumina. Berlin, 19. Dezember. Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoffgesellschaft m. b. H. Berlin. Es wurden notiert in Pfd. Stck. je engl. t. tiegelgerecht verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entfr. Ab- bzw. Zuschlag: Al-fupfer, 56—58, Altrigauß 49—51, Weisingspäne 33—35, Guß-meisling, 39—40, Weisingspäne 52—54, Alzink 21—22, neue Zinkabfälle 25—26, Altschmelze 22—23, Alum.-Schmelze 105—115, Lötzinn 85—90.

Börse.

Posener Börse. Der Börse hat auf seiner Sitzung am 20. Dezember den Beschluss gefasst, nachstehend verzeichnete Papiere zum offiziellen Handel und zur Notierung an der Posener Börse zu lassen: 1. 15 Millionen M. nom. „Wielizna“ T. A. (I. Emission). 2. 250 Millionen M. nom. „Fabryka Wapna i Cementu W. Pichcin T. A. (I. Emission). 3. 120 Millionen M. nom. „Goplana“ T. A. (III. Emission). 4. 8,5 Millionen M. nom. „Zakrownia Zduny (II. Emission). 5. 60 Millionen M. nom. „Mlyn Parowzy in Gnesin (I. Emission). 6. 1 Million „Zlotych“ Obligationen der Stadt Posen.

Warschauer Börse vom 20. 12. 23. Die Devisenbörse ist heute bei geringerem Interesse schwach, gegen Ende 1923. Der Dollar, der mit 6 350 000 einsetzte, gab auf 6 100 000 nach und befiel noch den Vortag. Der Goldfrank ist mit 1 183 000 fest, das engl. Pfund bleibt bei 26 Millionen gefragt. Der Schweizer Franc wird mit 1 063 000 genannt, der holländische Gulden notierte 2 325 000. Die Prämienanleihe (Wilonowa) geht vorübergehend auf 180 000 zurück und gewinnt dann wieder bis 205 000, die Goldanleihe ist mit 9 100 000 am Schluss genannt. Die Effektenbörse behauptet ihren festen Stand und erzielt zum größten Teil Kursaufbesserungen. Es werden folgende Schlusskurse festgestellt: für Bankwerte: Diskontom 5000, Handels 4700, Polski Bank Handels 2250, Powojenny Kred. 120, Zachodni 2600, Zjedn. Ziem Polski 1100, Związek Spółek Jacobowich 5000, Związek Ziemian 400; Industriewerte: Cera 300, Sole Potawowe + 7200, Lejczyski 8300, Kieleski 5000, Puls 550, Spich 1950, Orwein 825, Unja 8600, Stara-cowice 5800, Urjus 1450, Zieloniewski 29 250, Zyrardow 480 000, Policki 825, Parowoz 825, Zielinski 900, Trzebinia 900, Zambracie 550 000, Wilki 700, Chodorow 8800, Strem 18 000, Wiatkow 2000, Tom. Fabr. Cukru 7900, Warsz. Kop. Wegla 10 000, Cegielski + 1850, Rysner u. Camper 8800, Rau 1100, Modrzewoj 18 000, Polski Mchd + 500, Haberbusch + 7200, Polska Rafia 930, Nobel 1700, Spiritus 5700, Konopie 800, Nabel 1875, Cmie-low 1650, Flanina 160, Skrupi Skor + 190, Wolyn Robert 2075, Mikromsta Fabr. Papieru 4750, Mlynowornia 1350. Die nach-börslichen Umsätze sind groß bei gesteigerten Kursen und scharfer Nachfrage.

Warschauer Börse am 19. Dezember. (Markt der nicht notierten Werte). Chybie 15 000, Rujam 70 000, Giersk 1100, Zduny 75 000, Gazy 50 000, Zawozno 52 500, Brustow 320, Elek-trownia na Sanie 240, Kanczuk 160, Woskowitny 1000, Nitrat 350, Nachlejb 850, Wioz 150, Sarniansta Gita Sztana I—III. Em. 25, Rybder 350—380, Przemysl Terpentynowy in Polsce 330, Zagodz-on 150—175, Zaklady Gornicze Polprod 355.

Die P. A. K. P. zahlt am 19. 12. für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 3 106 100 (2 064 600), Mark 1 438 200 (573 500), Krone 1 223 100 (476 800), lateinische Münzen 1 165 000 (476 000), Dollar 6 039 000 (2 759 600), Pfund Sterling 29 385 000 (sh. 599 800), türkisches Pfund 26 486 000, schwedische Krone 1 618 000 (688 200), holländischer Gulden 2 427 100 (1 038 900), österr. Dukaten 13 813 000 (fl. 1 274 300) belgische und holländische Dukaten 13 780 000, 1 g Feingold 4 013 109 (114 700).

Berliner Börse vom 19. Dezember. (In Millionen Mark.) Wien und Budapest in 1000 Mk. Amsterdam 1 596 000, Brüssel 192 518, Christiania 630 420, Kopenhagen 748 125, Stockholm 1 105 230, Helsingfors 103 740, Italien 183 540, London 18 354 000, Neaport 4 189 500, Paris 221 445, Schweiz 731 168, Spanien 550 620, Lissabon 149 625, Japan 1 985 025, Wien abget. 59 850, Prag 124 687, Budapest 219 948, Bulgarien 29 426, Jugoslawien 47 880.

Disseisen in Berlin vom 19. Dezember. Freiberg. In Millionen polnische in 1000. Auszahlung: Butarek 21 144 G., 21 356 B., Riga 16 277 G., 16 523 B., Reval 9250 G., 10 750 B., Romno 415 800 G., 424 200 B., Rattowis 632 G., 648 B. — Noten: polnische 614 G., 646 B., lettische 15 300 G., 16 100 B., estnische 9165 G., 9635 B., litauische 400 G., 420 B.

Züricher Börse vom 19. Dezember. (Amtlich.) Neuhort 5,73625, London 25,09, Paris 30,075, Wien 0,0080875, Prag 16,80, Mailand 24,50, Brüssel 26,325, Budapest 0,0807, Helsingfors 14,25, Sofia 4,05, Amsterdam 219.—, Christiania 86.—, Kopenhagen 102,50, Stockholm 151.—, Madrid 74,875, Berlin 0,125, Athen 9,24, Kon-stantinopol 3,09.

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Bankaktien:	21. Dezember	20. Dezember
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VIII. Em.	325—360	300—325
exkl. Kup.		
Bank Przemyslowcow I.—II. Em.	450	350—450
Bank Zw. Spółek Jarob. I.—XI. Em.	700	650—700
Polski Bank Handl., Poznan I.—IX.	400	320—400
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	180—200—180	100
Bielskop. Bank Rolniczy I.—IV. Em.	11—12	9—10
Bank Wlharzy	40—32—40	30—32
Industriaktien:		
Arcona I.—V. Em.	320	180—300
R. Barcikowski I.—VI. Em.	70—150—130	55—60
Browar Proszyski I.—IV. Em.	500	420—500
Centrala Przemyslu Rzeznictwa	65	
S. Cegielski I.—IX. Em.	200—180	140—190
Centrala Rolnicow I.—VII. Em.	40	30
Centrala Stór I.—V. Em.	400—500	300—350
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	9000	8 000—8 200
Debienko I.—IV. Em.	—	200
Galwana	40—45	35
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	80	60—65
Goplana I.—III. Em.	250—220	190—220
G. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	80—85	65—75
Hartwig Rantowicz I.—II. Em.	400—450	330
Hurtownia Drogerijna I.—III. Em.	15	—
Hurtownia Wiazkowa I.—IV. Em.	17—18	15
Hurtownia Stór I.—III. Em.	55—65	50
Hersfeld-Victorius I.—II. Em. o. Kup. 1 100—1 400—1 300	575—700	575—700
Hurt. Spółek Spozymcow I.—II. Em.	50	47—48
Jstra I.—III. Em.	350—330	220—260
Ken w Toruniu ohne Bezugsr.	250	200
Kuban, Fabryka Przem. Ziem. I.—IV.	14 500	10 400
Dr. Roman Wap I.—IV. Em.	7 000—7 500—7 500	4 500—6 000
Mlyn Ziemianki I.—II. Em.	270—260	150—170
Mlynowornia I.—V. Em.	180—200	150—170
S. Bendowski I.—III. Em.	85	60
Polno I.—III. Em.	200—175	140—175
Papiernia Wydziozaj I.—IV. Em.	100	80
Patria I.—VIII. Em.	360—400	340—360
Pozn. Spółka Ziemna I.—VII. Em.	220—250—230	175—200
Pneumatik I.—IV. Em. Ser B. o. S.	32—33	25—32
Spółka Stolarska I.—III. Em.	350	—
Sarmatia I.—II. Em.	—	460
Syndkat dla Handlu z Zagr.		
I.—III. Em.	20	15
Starogardzka Fabr. Rebl. I.—II. Em.		
exkl. Kup.	85—100—95	75
Tanina I.—IV. Em.	—	60
Tri I.—III. Em.	80—100	125
„Unja“ (früher Bengki) I. u. III. Em.		
ohne Kup.	1800—1900—1800	900—1800
Wagon Oitrowo I.—IV. Em.	500	350—400
Wista, Wydziozaj I.—III. Em.	2500—3000—2800	1 700—2 200
Witownia Chemiczna I.—IV. Em.	40	85
Zaklady Chem. Stowna I.—II. Em.	80—70	—
Zjed. Browar. Zwiastie I.—IV. Em.	300—310—305	170—250
Tendenz:	fest.	

Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 21. 12. 23 (1 Dollar = 4,20 Goldmark) 1 425 000 Mtp.

Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 21. 12. 23. 1 Dollar in Polen = 5 875 000 Mtp. (1 Dollar = 4,20 Goldmark) = 1 400 000 Mtp.

Warschauer Vorbörse vom 21. Dezember.

Deutsche Mark — Dollar 6 039 000—6 100 000. Engl. Pfund 26 650 000. Schweizer Franken 1 060 000. Franz. Franken 317 000.

Warschauer Börse vom 20. Dezember.

Devisen:	20. Dezember
Belgien	287 000
Paris	329 000—316 000
Berlin und Danzig	—
Brag	181 200—176 500
London	27 735 000—26 000 000
Schweiz	1 107 000—1 063 000
Neuhort	6 350 000—6 100 000
Wien	89,40—85,80
Holland	2 325 000
Italien	275 000—264 500
Goldfrank	1 183 000
Zlotych	—

Danziger Mittagskurse vom 21. Dezember.

